



INTERNATIONALISTISCHE PERSPEKTIVEN AUF DEN KLIMAWANDEL

SEMINAR DER BUNDESKOORDINATION
INTERNATIONALISMUS IN KOOPERATION MIT DER
ROSA-LUXEMBURG STIFTUNG

17.-19. April 09
Paradox, Bremen

Reader

Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) veranstaltet regelmäßig Seminare zu zentralen Themen der internationalistischen Linken von A wie Antisemitismus über G wie Globalisierung bis hin zu Z wie Zentralamerika.

Weitere Informationen zum aktuellen Seminarprogramm finden sich auf der Homepage oder in der BUKO-Geschäftsstelle.

Kontakt zur BUKO:

BUKO-Geschäftsstelle

Nernstweg 30-32

22765 Hamburg

Tel.: 040 - 39 31 56

Fax: 040 - 28 05 51 22

E-Mail: mail@buko.info, www.buko.info

Inhaltsverzeichnis:

Internationalismus:

| | |
|---------------------------------|----------|
| 150° West 60° Nord | 1 |
| Redaktion Alaska..... | |

Naturverhältnisse:

| | |
|--------------------------------------------------------------------------|-----------|
| Zurück zum Nebenwiderspruch? | 12 |
| von Christoph Görg..... | |
| Morphing Zone - Nachhaltigkeit als Modernisierungsstrategie | 24 |
| von Christoph Spehr und Armin Stickler..... | |

Der Green New Deal Ansatz und dessen Kritik:

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| Was ist der Green New Deal? | 33 |
| Das Märchen: Überlegungen zum Green New Deal im Angesicht der (grünen) Krise | 42 |
| von Tadzio Müller und Alexis Passadakis | |

Klimarelevante Themenfelder:

| | |
|-------------------------------------------------------------------------|-----------|
| Die Versicherheitlichung des Klimawandels | 46 |
| von Jürgen Wagner..... | |
| Small scale sustainable farmers are cooling down the earth | 52 |
| La Via Campesina: International Peasant Movement..... | |

Liebe Leserinnen und Leser,

dies ist der Reader zum Seminar „Internationalistische Perspektiven auf den Klimawandel“, das ausgerichtet vom Arbeitsschwerpunkt Soziale Ökologie (ASSÖ) der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 17.-19. April 2009 in Bremen stattfindet. Mit dieser Einleitung wollen wir Euch einen kurzen Überblick über die Texte im Reader geben und kurz begründen warum wir sie ausgewählt haben. Allen Texten ist gemeinsam, dass wir sie für relativ gut lesbar und einfürend halten.

Der erste Text „150° West 60° Nord - Eine Standortbestimmung jenseits vom Neuen Internationalismus“ wurde im Jahr 1998 von der Redaktion der Zeitschrift Alaska verfasst, früher die Zeitschrift der BUKO. Die Redaktion fasst darin eigene und fremde Diskussionen um einen sog. Neuen Internationalismus zusammen. Unter der Überschrift „Neuer Internationalismus“ wurden Anfang/Mitte der 90er Jahre Diskussionen darüber geführt, ob und wie internationalistische Politik sich nach dem Ende des Ostblocks und angesichts einer zunehmenden „NGOisierung“ von Teilen der entwicklungs-politischen Szene neu ausrichten sollte. Wir haben den Text in den Reader aufgenommen, weil er immer noch einen guten Überblick darüber gibt, was heute mit „Internationalismus“ gemeint sein kann.

Der Text „Zurück zum Nebenwiderspruch? Naturverhältnisse in der Globalisierungskritik“ von Christoph Görg ist dem Buch „Radikal global - Bausteine für eine Internationalistische Linke“ entnommen, das die BUKO im Jahre 2003 herausgebracht hat. Der Text geht von einer Analyse ökologischer Beiträge in den Umwelt- und Klimadebatten der 1990er aus. Um eine neue Form des Internationalismus zu begründen weist Görg auf die Bedeutung der sozialen Dimension der sog. ökologischen Krise hin. Der von ihm verwendete Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zielt auf die Vermitteltheit von Natur und Gesellschaft. Macht- und Herrschaftsverhältnisse werden als prägend für die Regulation der Naturverhältnisse angesehen, gleichzeitig stellen sie den Ausgangspunkt für Strategien der Veränderung dar.

„Morphing Zone. Nachhaltigkeit und postmodernes Ordnungsdenken“ von Christoph Spehr & Armin Stickler ist ein Text aus dem Umfeld eines BUKO Arbeitsschwerpunkts, der Mitte der 90er Jahre unter verschiedenen Namen (SCHWUPS - Danke für den Fisch - Schwertfisch) existierte und unter anderem im Jahre 1997 das Buch „Zeitgeist mit Gräten - Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie“ publizierte. Dieser Arbeitsschwerpunkt setzte für die Diskussion um gesellschaftliche Naturverhältnisse vor allem mit seiner Kritik des Konzepts „Nachhaltigkeit“ innerhalb und außerhalb der BUKO wichtige Impulse. Den Text haben wir einerseits wegen seiner bemerkenswerten Aktualität auch im Hinblick auf die derzeitige Klimadiskussion ausgesucht, andererseits aber auch, um bereits geführte wichtige

Diskussionen und den damals erzielten Stand der Diskussion wieder ins BUKO-Gedächtnis zu rufen - und möglicherweise daran anzuknüpfen.

Die Texte zum Green New Deal (GND) haben wir aufgenommen, weil es sich bei der Diskussion um den Green New Deal um einen ähnlichen Diskurs handelt wie in den 1990er Jahren bei dem um Nachhaltigkeit. Damals Nachhaltigkeit heute GND - mit marktkonformen Instrumenten soll die ökologische Krise überwunden werden. Das ruft nach Kritik - unter anderem um deren Ausformulierung wollen wir uns im Rahmen des Seminars bemühen. Die ersten drei Textfragmente sind Auszüge aus Texten von BefürworterInnen des GND, die deutlich machen, welche (ordnungs)politischen Ansätze und Instrumente unter dem GND-Label aktuell diskutiert werden. Der Text „Das Märchen - Überlegungen zum Green New Deal im Angesicht der (grünen) Krise“ von Tazio Müller & Alexis Passadakis benennt demgegenüber Kritikpunkte am GND-Ansatz.

Im Zusammenhang mit dem Klimawandel kommt verschiedenen Themen eine besondere Bedeutung zu. Hier erzeugen bestimmte Realitäten den Klimawandel oder werden durch ihn erzeugt. Während des Seminars wollen wir uns einzelnen dieser Themenfelder in Arbeitsgruppen näher widmen. Dabei leitet uns auch hier die Frage, was eine internationalistische Perspektive bedeutet. Der Text „Die Versicherheitlichung des Klimawandels - Wie Brüssel die Erderwärmung für die Militarisierung der Europäischen Union instrumentalisiert“ von Jürgen Wagner (Informationsstelle Militarisierung - IMI, Tübingen) gibt einen knappen Einblick in die sicherheitspolitische Dimension des Klimawandels, gegenwärtige Prozesse der Militarisierung und der Sicherung des Zugangs zu Ressourcen.

Zum Thema Wissenschaftskritik haben wir uns in Ermangelung eines geeigneten einführenden Textes nach zähem Ringen darauf geeinigt, nur Literaturempfehlungen zu geben. Insbesondere empfehlen wir Demeritt 2006. Dieser Text, so meinen wir, bietet anhand der vorwiegend in USA von Lobbygruppen gegen die These des anthropogenen Klimawandels geführten Kampagne einen Einstieg in Fragen von Wissenschaftlichkeit und Nicht-Wissenschaftlichkeit - der Abschnitt zu Ulrich Becks "Risikogesellschaft" passt da nicht ganz hinein, kann auch gerne überlesen werden. Die weiteren Literaturempfehlungen drehen sich um das IPCC. Shardul Agrawalas (1998a, 1998b) Artikel sind zwar nicht mehr die Jüngsten, stellen aber gut dar, wie es zum IPCC kam und - für unsere Diskussion vermutlich bedeutender - wie deren Funktionsweise und Verknüpfung mit politischen Entscheidungsstrukturen beschaffen ist. Dazu passt die Studie David Demeritts (2001, insbesondere S. 314ff.) zur Entwicklung und Bedeutung globaler Klimamodelle.

Und hier die vollständigen Literaturangaben:

Demeritt, David: Science studies, climate change and the prospects for constructive critique. In: *Economy and Society* 35 (2006), August, Nr. 3, S. 453-479

Demeritt, David: The Construction of Global Warming and the Politics of Science. In: *Annals of the Association of American Geographers* 91 (2001), Nr. 2, S. 307-337

Agrawala, Shardul: Context and Early Origins of the Intergovernmental Panel on Climate Change. In: *Climatic Change* 39 (1998), S. 605-620

Agrawala, Shardul: Structural and Process History of the Intergovernmental Panel on Climate Change. In: *Climatic Change* 39 (1998), S. 621-642

Der Text „Small scale sustainable farmers are cooling down the earth“ der KleinbäuerInnenorganisation La Via Campesina zeigt in kurzer Form Querverbindungen zwischen Landwirtschaft und dem Klimawandel auf.

Die in diesem Reader enthaltenen Texte behandeln das Thema internationalistische Perspektiven auf den Klimawandel nicht abschließend - ein weiterer wichtiger Aspekt wären insbesondere Migration. Da unsere und Eure Zeit ebenso wie der Platz im Reader jedoch begrenzt ist, an dieser Stelle nur noch viel Spaß und spannende Erkenntnisse beim Lesen der vorliegenden Texte!

Die Vorbereitungsgruppe

150° West 60° Nord

Eine Standortbestimmung jenseits vom neuen Internationalismus

Redaktion Alaska

Internationalismus ist mehr als die weit verbreitete Anschauung, daß heute alles irgendwie global ist. Internationalismus heißt, die Frage nach Herrschaft und Befreiung (Emanzipation) in einem weltweiten Rahmen zu sehen und zu stellen. Internationalismus heißt gleichzeitig, die heutige Ordnung der Welt nicht nur als ein Bündel von Problemen, sondern als eine herrschaftsförmige Ordnung zu sehen - eine Ordnung, die auf der Geschichte der kolonialen und imperialistischen Unterwerfung der Welt durch die Länder des Nordens beruht, aber auch auf der Geschichte des Widerstands und der Emanzipation hier wie dort. Internationalismus bejaht das prinzipielle Recht der Menschen auf Selbstbefreiung und die Notwendigkeit, sich dabei gegenseitig zu unterstützen, über die Grenzen von Nationen und wirtschaftlichen Blöcken hinweg.

Soviel ist immer noch richtig. Internationalismus bedarf heute jedoch einer Neubestimmung angesichts einer veränderten Weltlage; er bedarf auch einer kritischen Neubegründung hinsichtlich dessen, was man sich unter Emanzipation vorgestellt hat und zukünftig vorstellen soll. In den Diskussionen um einen 'Neuen Internationalismus', die um 1992 herum geführt wurden, ist eine solche Neubestimmung begonnen worden, gleichzeitig wurde ihr jedoch auch ausgewichen. Ein postmoderner Internationalismus muß an diesen Debatten anknüpfen und über sie hinausgehen.

Als veränderte Rahmenbedingungen für internationalistische Politik in den letzten Jahren werden meist übereinstimmend genannt (das sind aus unserer Perspektive bei weitem nicht alle, aber die, über die man sich allgemein einig ist):

- der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten und damit das Ende der Systemkonkurrenz;
- das Scheitern der nationalen Befreiungsbewegungen, jedenfalls bei dem Versuch, eine neue, zukunftsweisende gesellschaftliche Ordnung im eigenen Land zu etablieren;
- eine von den Transnationalen Konzernen und Banken getragene weltweite Integration und Flexibilisierung der Produktion, die die Verhandlungsmacht von Arbeit untergräbt, die ökonomische Souveränität der Nationalstaaten schwächt, und in der Marginalisierung und Ausschluß eine stärkere Drohung zu sein scheint als Ausbeutung;
- die ökologische Unhaltbarkeit des bisherigen globalen Entwicklungsmodells.

Das ist jedoch nur die eine Seite. Die andere Seite ist, daß sowohl die Politik der realsozialistischen Staaten, als auch der nationalen Befreiungsbewegungen, als auch der Internationalismusbewegung Teil eines Emanzipationsmodells war, das heute nicht mehr akzeptabel ist. Selbst wenn wir von den Fällen absehen, wo in rein zynischer Weise auf Sozialismus, Befreiung und Internationalismus Bezug genommen wurde (vom "Sozialismus" Rumäniens über die 'nationale Befreiung' Kambodschas bis zur Selektion nach jüdischen und nichtjüdischen Passagieren an Bord eines unter Mitwirkung deutscher Linker entführten Flugzeugs), bleibt festzuhalten, daß auch der 'Normalfall' dieses Emanzipationsmodells patriarchal und autoritär war und in vielerlei Hinsicht Unterdrückungsstrukturen legitimiert und Emanzipation verhindert hat.

Von den "Modellstaaten" ist keiner geblieben. Von einigen ist heute unverständlich, wie sich die Internat-Bewegung teilweise so positiv drauf beziehen konnte, z.B. China. Auch diejenigen, die wir immer noch als positive Beispiele verbuchen würden, wie Kuba, Nicaragua, Uganda zeigten die typischen Elemente einer tendenziell autoritären Verfassung und einer tendenziellen Ignoranz gegenüber indigenen Bewegungen, Feminismus, Homosexualität, etc. (Dabei ist es eine im Einzelfall zu führende, notwendige Diskussion, welche Autoritarismen in der revolutionären Situation schwer vermeidbar oder historisch alternativlos waren, und für welche das sozialistische Emanzipationsmodell oder ein direktes Herrschaftsinteresse verantwortlich waren.).

Das Pathos mit dem die internationale Befreiung gefeiert wurde, war dasselbe, mit dem feministische Emanzipation beiseitegewischt wurde. Während die Theorie vom "Hauptwiderspruch" Kapital-Arbeit in der Internationalismus-Bewegung immer kritisiert wurde, hält sich bis heute die Neigung sich einer "Hauptaufgabe" zu widmen, der gegenüber die multiplen Unterdrückungsstrukturen dann doch blosses Beiwerk sind. Die Sehnsucht, die Rückkehr zu den "harten Fragen" möchte wieder mehr Eindeutigkeit und Orientierung bringen, scheint gerade in letzter Zeit wieder zuzunehmen. Die Internationalismus-Bewegung hat sich an der Suche nach Ansätzen beteiligt, die diese Situation überwinden, z.B. durch die Rezeption des Triple-Op-pression-Ansatzes oder die Auseinandersetzung mit der Subsistenztheorie. Die internationalistische Debatte ab 1992 hat Wesentliches zu einer Neubestimmung linker Politik beigetragen. Sie hat es jedoch bis jetzt nicht geschafft, ein erneuertes Modell politischer Utopie und Strategie hervorzu-bringen, das gegenüber der erfolgten Kritik und Selbstkritik Bestand hat und auch in den eigenen Zusammenhängen, ihrer Alltagsebene, als revolutionierende Kraft spürbar wird.

Vom Neuen Internationalismus...

Seit den Zeiten von 68, besonders aber in den letzten 20 Jahren sind die traditionellen Vorstellungen darüber, was linke und internationalistische Politik ist, in vielfacher Weise kritisiert und zu Recht revidiert worden. Einige dieser Revisionen sind:

- Es gibt nicht das "revolutionäre Subjekt". Emanzipative Prozesse entfalten sich entlang der umfassenden, alle Lebensbereiche und Wahrnehmungsebenen betreffenden, Politisierung des Subjekts als Unikat.
- Das Konzept der Avantgarde ist am Ende. Die Herrschaftsverhältnisse durchziehen uns alle, wenn auch in unterschiedlicher Weise. Wir alle haben uns in Selbstveränderungsprozesse einzubringen und nicht Führung sondern Selbstbestimmung ist gefragt. Linke Dominanzkultur hat viele Befreiungsansätze zerstört.
- Es gibt keinen Hauptwiderspruch. Elementar ist die Vernetzung und historische Dynamik von Herrschaft zu verstehen, wie auch ihren Doppelcharakter von Ausgrenzung wie auch Integration. Wir sehen mehr als Kapitalismus, aber auch mehr als Kapitalismus, Rassismus und Sexismus
- Es funktioniert nicht, die zentrale Staatsmacht zu übernehmen und dann die Gesellschaft von oben emanzipativ zu gestalten. Die Macht hat viele Zentren und Emanzipation muss im Wesentlichen aus der Gesellschaft heraus erfolgen, von staatlicher Politik nur flankiert.
- Fortschritt / Entwicklung ist nicht per se progressiv. Ökonomische Modernisierung entfaltet nicht automatisch demokratisch - sozialistische Potenziale. Ganz im Gegenteil stellt sie häufig eine Form von sozialem Krieg und politischer Unterwerfung dar.
- Es gibt keine "Objektivität", von der aus man erkennen kann, wie die Lage anderer ist und was sie brauchen.
- Demokratisierung, Gleichheitspolitik, Identitätspolitik (also interne Gleiche in der Gruppe) sind in hohem Masse problematisch, weil sie gegenüber den neueren "abstrakten" Unterdrückungsformen (also "entgeschlechtlichtes" Patriarchat, "räumlich-entgrenzter" Norden, "entfärbter" Rassismus etc.) mindestens wirkungslos sind bzw. diese sogar untermauern.
- Vergesellschaftung, gesellschaftliche Planung, "rationale Bedürfnisbefriedigung" ist nicht der Schlüssel zu linker Politik. Derartige Konzepte haben erstens enge Grenzen, weil z.B. eine totale Kollektivierung von Reproduktion weder möglich noch wünschenswert ist und können zweitens für sehr unterschiedliche Programme genutzt werden, verbürgen also keineswegs Emanzipation.

...zur postmodernen Kritik

Diese Revisionen sind in der Debatte um "Neuen Internationalismus" bereits gesehen und vollzogen worden. Ihre Hauptkonsequenzen waren:

- den Widerstand gegen die Verhältnisse im eigenen Land zu betonen
- die Gleichberechtigung verschiedener Unterdrückungsstrukturen praktisch anzuerkennen und
- den Industrialismus des Nordens nicht mehr als das eine von allen anderen nachzuvollziehende Entwicklungsmodell zu sehen

An den traditionellen linken Vorstellungen von Emanzipation wurde jedoch nicht gerüttelt. Linke Politik ist traditionellerweise von einer Emanzipati-

onsvorstellung getragen, die typisch "modern" gedacht ist. Diese klassischen, "moderne" Vorstellung von Emanzipation und ihrer "Radikalität" beinhaltet:

- Zwischen den Verhältnissen und der emanzipativen Bewegung gebe es einen radikalen Bruch, eine absolute Trennung
- Emanzipation ist total, sie kann und muss jeden Lebensbereich und jeden gesellschaftlichen Bereich erfassung, sonst ist sie nicht "radikal"
- Wirkliche Emanzipation hebt Ungleichheit auf, auch das Problem ungleicher Macht. Deshalb macht wirkliche Emanzipation jedes Nachdenkens über Repräsentation und Macht "hinterher" überflüssig
- Befreiung ist die "Freisetzung" von etwas, was es schon gibt und sich aus den Verhältnissen befreit (wei wenn es nicht auch von den Verhältnissen geprägt und darum auch zu verändern wäre)
- Emanzipation geht den Kern der Sache an, die "wirkliche Ursache" von Herrschaft und Ungleichheit.
- ist diese Ursache beseitigt, regeln sich die gesellschaftlichen Verhältnisse im Einklang mit der Vernunft, sie "optimieren" sich.

Es ist dieser Glaube an diese Vorstellungen, der durch die postmoderne Kritik erschüttert wird. Auch dies ist keine akademische Frage. Hier liegt z.B. begründet, wieso die Kritik und Bearbeitung interner Herrschaftsverhältnisse in fast allen Zweigen der Emanzipationsbewegung so schwierig war - von den sozialistischen Staaten bis zur Frauengruppe, vom Black Movement bis zur Internationalismusbewegung selbst. Die "radikale Trennung" ist immer auch ein patriarchales Konzept, z.B. weil sie die eigene Führung unangreifbar macht und deren Totalverwaltung der eigenen Ressourcen legitimiert. Die "radikale Trennung" sieht auch von den Notwendigkeiten der Reproduktion unter den gegebenen Verhältnissen ab und ist deshalb patriarchal - Frauen können diese Notwendigkeit nicht in gleicher Weise ignorieren, schon deshalb weil sie sich in höherer Weise für Kinder verantwortlich fühlen, aber auch deshalb, weil z.B. die meisten Männer und Bedingungen Politik machen, unter denen die meisten Frauen weder leben noch arbeiten können. Die "radikale Trennung" legitimiert sich die interne Vorherrschaft derer, die sich "am radikalsten freimachen können" und das sind allemal Männer.

Die klassische Vorstellung legt also immer eine Idee von "Radikalität" nahe, die patriarchal ist, für selbstrechtfertigende Gewalt und interne Herrschaft offen und von der eine gerade Linie zur "Mensch-oder-Schwein" Dialektik der RAF führt. Es geht im Gegensatz dazu nicht darum, sich mit "weniger Radikalität" zufrieden zu geben. Ganz im Gegenteil hat das klassische Emanzipationsdenken dazu geführt, weite Bereiche unangetastet zu lassen und eben nicht zu revolutionieren; es hat aus der Befreiung eine höchst oberflächliche Angelegenheit gemacht. Es geht also um einen Begriff von "radikal", der sich nicht an der maximalen Abgrenzung von allem Bestehenden bemisst, aber der auch nicht darin wetteifert, die "wirklichste Ursache" zu finden; sondern der sich an der Konsequenz bemisst, mit der alle Verhältnisse erfasst werden und der Offenheit Kritik an Herrschaft zu ermöglichen wo immer sie sich etabliert. Ein postmoderner Emanzipationsbegriff beinhaltet, dass Befreiung etwas Prozesshaftes ist und keine Einpunktrevolution und dass nie der Punkt erreicht wird, wo Emanzipation prinzipiell "nicht

mehr nötig" wäre. Ferner ergibt sich daraus die Forderung, aus der linken Szene und Subkultur hervorzutreten und die ideologische Selbstisolierung zu überwinden. Die nichtlinken Menschen sind nicht die "Masse" oder das "Volk", den "Unreinen" stehen nicht die pc-gerechten, reinlehrigen Linken gegenüber. Befreiung ist keine saubere Sache. Wir alle bewegen uns in unseren Widersprüchen, in den gesellschaftlichen Normräumen und stehen vor dem Spannungsverhältnis von individueller und kollektiver Befreiung. Revolutionäre Politik beginnt im Hier und Jetzt und kann auch keine Vertröstungspolitik sein nach dem Must "Politik jetzt, Lebensfreude später".

Die Debatte seit 1992

Eine postmoderne Kritik und Erneuerung der Vorstellung von Herrschaft und Befreiung (Emanzipation) ist etwas gänzlich anderes als die ebenfalls anzutreffende Praxis, die Frage nach Herrschaft und Befreiung einfach aufzugeben

Die "neuen Diskurse", die an die Stelle des gescheiterten Entwicklungsbegriffs getreten sind - Neue Weltordnung, Zivilgesellschaft, Globalisierung, Nachhaltigkeit und "Kultur" - tun genau das. Sie gehen geradezu mit den Fehlern und Katastrophen der heutigen Weltordnung hausieren,

um einen Effekt des "allgemeinen Problemlösens" zu erzeugen, das aber die Herrschaftsverhältnisse ausspart. Die einzelnen Teile der Internationalismus-Bewegung gehen damit unterschiedlich um. Gemeinsam ist ihnen immer noch eine mehr oder weniger starke Kapitalismuskritik, deren Facettenreichtum aber heute deutlich mehr Unterschiede als Parallelen aufweist. Die Interessensgemeinschaft der sozialen Bewegung und deren Leitthemen, wie sie in den 80er Jahren existierte, hat sich aufgespalten. Während sich die einen (die Kapitalismusreformer) Globalisierung, Nachhaltigkeit oder Zivilgesellschaft zu ihren Themen erkoren haben, arbeiten sich die anderen an der neuen Weltordnung bzw. heute am Neoliberalismus ab und lehnen nach wie vor das kapitalistische

System grundsätzlich ab. Im Vordergrund stehen bei allen die Marktstrukturen, bzw. die ökonomischen Zusammenhänge. Die anderen Unterdrückungsmechanismen wie Rasse und Geschlecht werden dem untergeordnet. An der Entwicklung eines Herrschaftsbegriffs, der alle Unterdrückungsstrukturen bearbeitet und sie als komplexes System sieht, hält nur ein kleiner Teil innerhalb der widerständigen Kräfte fest.

Das ist auch die Folge von Demokratisierung und Integration innerhalb der Modernisierung von Herrschaft, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat, wurde durch das partielle Einbeziehen von diskriminierten Gruppen und deren Inhalten, aber auch den ökonomischen und politischen Druck ("partizipier' oder stirb") die soziale Bewegung gespalten. Ergebnis ist, daß sich die Bewegung mit-modernisiert hat, Reibungsflächen verschwunden sind und es schwerer geworden ist, in der Perspektive zwischen Machterhaltung und Abbau des Zugriffs zu unterscheiden. Die Klammer der verschiedenen Ansätze und Bewegungssegmente ist immer noch der Antikapitalismus. Diese Klammer ist jedoch eine Leerformel. Es ist weitgehend anerkannt, daß das Kapital kein Haufen von Produktionsbesitz oder Finanzmitteln ist, sondern ein soziales Verhältnis. Es ist immer historisch und

konkret, immer durch die Gesamtheit der Unterdrückungsstrukturen bestimmt, und nicht durch den einen Kunstgriff mit einem Ruck aufzuheben. Es klingt daher zwar gut, sich in der Bewegung gegenseitig mangelnden Antikapitalismus vorzuwerfen, in Wirklichkeit, war aber nie zuvor unklarer, was damit eigentlich gemeint sein soll - die Verstaatlichung der großen Produktionsmittel allein kann es wohl nicht sein, was aber dann?

Eines der Felder, wo diese Unklarheit unlösbare Debatten hervorbringt, ist die Debatte um den Neoliberalismus. Ist der Neoliberalismus eine exzessive Form des Kapitalismus, oder ist er die Rückkehr zur kapitalistischen Normalität nach dem Ende der Systemalternative? Die Frage läßt sich so nicht sinnvoll beantworten, weil es einen "kapitalistischen Normalfall" eben nicht gibt, und weil der Griff nach besonders brutalen Marktinstrumenten und die Instrumentalisierung der Konkurrenz von Nationen sowohl erfolgt, weil das möglich und profitabel ist, als auch, weil sich vorher relative Grenzen des Kapitalverhältnisses (umfassend gedacht) ergeben haben.

Die Neoliberalismus-Debatte verweist, ebenso wie das Dilemma des Radikalen Reformismus und bestimmte Aspekte der Chiapas-Debatte, auf die zentrale Leerstelle linker Erneuerung nämlich die Bestimmung dessen, was eine Politik der Emanzipation ausmacht, die der Logik der Kapitalverwertung und verwertenden "Optimierung" entgegengestellt werden kann. Diese Leerstelle wird durch abstrakten Antikapitalismus nur schwach verdeckt, und um sie zu füllen, ist nicht antikapitalistischer Scheinradikalismus entscheidend, sondern die Breite und Konsequenz des emanzipativen Ansatzes. Dass nicht alles, was aus sozialen Bewegungen heraus gefordert und durchgesetzt wird, emanzipativ ist, durfte nämlich allgemein klar sein (z B aus der Kritik der Gewerkschaftsbewegung oder dem Charakter sozialer Reformen in den Metropolen als Privilegienverteidigung). Es ist richtig, die Aufstandsbewegung in Chiapas als Suche nach einer emanzipativen Konzeption zu interpretieren, die den Revisionen am klassischen Politik- und Emanzipationsbegriff gerecht wird. Dies macht aber nur Sinn, wenn diese Konzeption auch formuliert wird und sei es in Umrissen und ihre "Übersetzung" (nicht schematische Übertragung) auf unsere Verhältnisse hier gesucht wird, was in der Regel nicht geschieht.

Dem Problem läßt sich auch nicht durch einen Streit über die Wahl des revolutionären Subjekts entkommen, wie er zwischen antinationalen Positionen und dem Bemühen um ein Wieder-Andocken an die Soziale Frage hierzulande geführt wird. Es gibt weder ein total gerechtfertigtes, noch ein total verworfenes Subjekt. Das "antinationale Dilemma" läßt sich nur lösen durch eine Verschiebung der Fragestellung. Nicht "mit wem kann/will man/frau noch Politik machen, ", sondern "welche emanzipative Konzeption wollen wir in alle Verhältnisse einbringen?"

Grundrisse einer Neubestimmung

Die Notwendigkeit einer Neubestimmung ist keine Aufgabe, die sich nur für den Internationalismus stellen würde. Es ist die Frage nach einer Neubestimmung dessen, was heute links, was heute Emanzipation ist. Es funktioniert nur auch keine internationalistische Politik mehr, die zu dieser "allgemeinlinken" Frage keinen Entwurf hat - die Zeit des Drunterdurchtauchens ("Wir machen Nicaragua und G8 und warten ab") ist vorbei. Emanzipation heißt, in allen gesellschaftlichen Bereichen

die Regeln freier Kooperation einzufordern und durchzusetzen. Soziale Verhältnisse in freier Kooperation regeln, heißt:

- daß den historisch überkommenen Verteilungen und Regelungen von Arbeit und Verfügungsgewalt kein höheres Recht zukommt, sondern sie von den Beteiligten jederzeit und ohne Ausnahme zur Disposition gestellt werden können;
- keine anderen "natürlichen" oder "vernünftigen" Regeln anzuerkennen als die, daß alle Beteiligten das gleiche Recht haben sollen, auf die Regeln einer Kooperation Einfluß zu nehmen, indem sie ihre eigene Mitwirkung einschränken, unter Bedingungen stellen oder notfalls ganz aufgeben;
- soziale Verhältnisse so zu gestalten, daß alle Beteiligten diese Einflußnahme zu einem vergleichbaren und vertretbaren Preis praktizieren können.

Ein solches Konzept geht vom Konflikt als Normalfall aus und von Emanzipation als Realität und Notwendigkeit, die durch keine spezifische "Ordnung" ein für allemal überflüssig gemacht werden kann und die sich eben darüber vollzieht, die Bedingungen der Kooperation praktisch in Frage zu stellen, was durch keine noch so "gleiche und vernünftige Diskussion" aller Beteiligten jemals ersetzt werden kann. Ein solches Konzept ist leitmotivisch für alle sozialen Verhältnisse - vom Staat bis zur Beziehung, von der Institution bis zur politischen Organisation, vom Nord-Süd-Verhältnis bis zum Miteinander von verschiedenen Bewegungen. Wir sind der Meinung, daß in den verschiedenen Diskussionsprozessen, in denen die Revision des klassischen Emanzipationskonzepts betrieben worden ist, auch die wesentlichen Ziele einer derzeitigen Orientierung inzwischen beschrieben worden sind und daß es dabei ein gewisses Maß an Übereinstimmung bereits gibt, wenn auch in z.T. ganz unterschiedlichen Begriffen und Formulierungen. Wir sehen das Folgende daher nicht als vorzuschlagendes "schlaues Konzept", sondern als Sichtbarmachen dessen, was sich jenseits des alten Konzeptes bereits herausgeschält hat.

a) "Abwicklung von Herrschaftsinstrumenten"

Die zukünftige Orientierung kann sich nicht darauf richten, mit den vorhandenen Strukturen und Herrschaftsinstrumenten "was Gutes zu machen", sondern muß sich auf den Abbau der Instrumente richten, mit denen der herrschaftsförmige Zugriff auf Natur und Arbeit organisiert wird. Dieser Abbau muß z.T. schrittweise, aber mit klarem Ziel des Verschwindens erfolgen, was mit "Abwicklung" gemeint ist. In der Diskussion um Nachhaltigkeit haben wir diesen Prozeß "Abwicklung des Nordens" genannt, was aber beinhaltet, "Norden" nicht nur im Sinne von Nord-Süd-Verhältnis zu sehen, sondern als ein Herrschaftsmodell, das sich in allen Teilverhältnissen weltweit findet. Diese Abwicklung beinhaltet:

- Die prinzipielle Ablehnung von gewaltförmiger Intervention. Das gilt für Interventionen gegenüber Dritte-Welt-Staaten, bedeutet aber z.B. auch, eine "deeskalierende" statt nur verrechtlichende Migrationspolitik zu fordern und durchzusetzen, die eben auch dekriminalisiert und die vielfältigen Formen gewaltförmiger Intervention abbaut, usw.

- Der extern orientierte, "globale Sektor" soll nicht ausgebaut, sondern im Verhältnis zu den Binnenprozessen zurückgeführt und seine Dominanz gebrochen werden. Das gilt für ökonomische Makropolitik ebenso, wie für jedes "alternative Projekt" und für jede soziale Kooperation.
- Eine Deprivilegierung der formalen Arbeit soll durchgesetzt werden. Qualifizierte Lohnarbeit, die weder prekär, noch entrechtlicht oder illegalisiert, noch biographisch zerstückelt oder in ein hohes Maß "informeller" Arbeit eingebettet ist, ist Sache einer soziologischen Minderheit, deren Privilegien weit über die unmittelbare Bezahlung hinausgehen. Hier herrscht eine moderne Diskriminierungsform, mit der es zu brechen gilt, weil über sie massiv Zwang ausgeübt wird.
- Eine Aneignung von Räumen und Zusammenhängen "von unten" soll vorangetrieben werden. Diese Räume und Zusammenhänge werden aktuell nach Maßgabe "positiver Teilnahme am Verwertungsprozeß" vergeben, was nicht einfach Ausfluß kapitalistischer Logik ist, sondern ein zentrales Instrument zu ihrer Durchsetzung.
- Formen direkter Überlebenssicherung ist der Vorzug zu geben vor den Formen "verumständlichter Reproduktion", mit denen massive Abhängigkeiten geschaffen werden (und es sollen solche Formen auch selbst aufgebaut werden). Dabei geht es nicht nur um die Produktion des unmittelbar materiell Lebensnotwendigen und seine Gefährdung durch Markt und Technologie, sondern z.B. auch um alle Qualitäten von Gesellschaftlichkeit, die nach herrschender Konzeption nur am Ende eines totalen Umwälzungs- und Verwertungsprozesses entfaltet werden können, bzw. nur nach dem Maßstab der Teilnahme an diesem Prozeß "spendiert" werden.

b) " Politik der Beziehungen "

Die Idee, der Abwicklung hat ihre Defizite darin, daß sie strategische Ziele als überwiegend negative beschreibt ("weniger von..."), bzw. als abstrakte Kriterien. Für eine Vergesellschaftung von unten reicht das aber nicht aus, sie ist ein kreativer Prozeß, in dem für die verschiedenen Fragen und Widersprüche jeweils Lösungen gefunden werden müssen. Das mögen auch technische und ökonomische sein, es sind vor allem aber auch soziale. Wesentliche Elemente einer solchen Zielbestimmung, die z.B. für die Praxis eigener Organisationen und Kooperationen gelten sollen, aber auch allgemein für soziale Verhältnisse leitmotivisch sein sollen, sind vielfach unter dem Begriff einer "Politik der Beziehungen" diskutiert worden. Dazu gehört:

- Verhältnisse nach dem Prinzip des Verhandeln zu organisieren. Dies grenzt sich gegen das Prinzip ab, aufgrund erkannter "richtiger" Strukturen (seien sie effizienzorientiert oder besonders "demokratisch") durchzuziehen, anstatt sich auf den schwierigeren Prozeß des Aushandelns der Bedingungen der Kooperation einzulassen - insbesondere über unterschiedliche Emanzipations - und Unterdrückungsgeschichten hinweg.
- Eine Praxis der Anerkennung zu entwickeln. Das heißt, Differenzen anzuerkennen, aber dabei nicht stehenzubleiben, sondern die Infragestellung durch die Verschiedenheit ebenso wie die Möglichkeit der verunsichernden Ähnlichkeit auszuhalten - zwischen der Teilhabe an

verschiedenen Unterdrückungserfahrungen ebenso, wie zwischen "sozial älteren" und "sozial jüngeren" Beteiligten.

- Ein Prinzip der Ermöglichung zu praktizieren. Es muß möglich sein, die Ressourcen einer Gruppe, d.h. auch die Unterstützung der anderen, auch für Projekte zum Tragen zu bringen, die nicht komplett vereinheitlicht, abgesichert, von allen geteilt und für gut befunden sind. Sonst bewegt sich nichts mehr und sonst würde für die Beteiligten das wesentliche Potential einer Kooperation zugunsten des "Mikado-Prinzips" (wer sich bewegt, hat verloren) abgeschnitten.
- Die Kooperation nach dem Grundsatz der Disloyalität zum Bestehenden zu behandeln. Das bedeutet, ihr Scheitern nicht auszuschließen und ihren Bestand nicht zur obersten Richtschnur zu machen; sich der überkommenen "Zivilisation" gegenüber, ob es eine gesellschaftliche oder eine "Gruppenzivilisation". nicht zwangsloyal zu verhalten, sondern lieber aus Prinzip disloyal. Daß "es sonst nicht funktioniert", ist eben kein Argument.

C) Politik der "praktischen Demokratiekritik"

Zum heutigen Erkenntnisrepertoire von Herrschaftskritik gehört (auch wenn es immer wieder verdrängt wird), daß Wählen zwar besser ist als Entscheidungsfindung qua Hierarchie, an sich aber noch keineswegs Emanzipation verbürgt. Was aber folgt aus unserer theoretischen Kritik an der historischen Demokratie und an heutigen (herrschaftsförmigen) Demokratisierungsprozessen? Diese Kritik basiert darauf,

- daß bei der Demokratisierung von Entscheidungsprozessen ein Abbau von Herrschaft kein Kriterium ist, sondern ganz im Gegenteil die "Eingriffstiefe" der Entscheidungen wächst und der herrschende Zugriff auf jeden Ort der Gesellschaft eher zu- als abnimmt;
- daß "nachholende Demokratisierung" die Anpassung an bisher etablierte Normen (männliche, weiße, bürgerliche, nördliche...) nicht aufhebt, sondern sogar verstärken kann;
- daß Minderheiten zwar nicht allein entscheiden sollen, Mehrheiten aber auch nicht per se emanzipative Politik machen und ein System "multipler Mehrheiten" sehr wohl mit der Vormachtstellung einer herrschenden Klasse und mit einer Verstärkung sämtlicher Unterdrückungsverhältnisse kompatibel ist. Wir können zumindest feststellen, daß hier andere theoretische und praktische Leitbilder für eine Politik der Emanzipation zählen müssen, auch wenn der Teufel im Detail steckt:
- Selbstbestimmung und Dezentralisierung. Entscheidungsprozesse sollen soweit wie möglich zurückverlagert werden, von "oben" nach "unten". Der Dreh- und Angelpunkt ist dabei, nicht die Knochen zu verteilen und die Filetstücke zu behalten, wie das eine herrschaftsförmige Regionalisierung und Partizipationspolitik tut, bei der die Gesamtheit der Entwicklungen und Austauschverhältnisse nicht zur Disposition steht, aber innerhalb dieses Rahmens "gestaltet" werden darf.
- Begrenzung der Eingriffstiefe des demokratischen Prozesses; Schutzmechanismen gegen Majorisierung und Auslieferung an "übergeord-

nete Entscheidungen ". Es geht dabei tatsächlich auch um Veto- und "Nimby-Rechte ("not in my backyard": wenn keiner die Folgen einer Entscheidung bezahlen will, dann ist das eben auch eine Form, wie diese Entscheidung legitim scheitert). Die Vorstellung, die zentrale Ebene sei die, von der gesellschaftliche Demokratisierung vorangetrieben werde und die dafür Kompetenzen zur Intervention brauche, gehört zum Inventar einer "modernistischen " Emanzipationsvorstellung, das heute gefährlich und abzulehnen ist.

- Affirmative Action. Anti-Diskriminierungspolitik, die mehr ist als formale Gleichstellung, ist mit Sicherheit ein zentrales Element emanzipativer Prozesse, aber nur, wenn sie von der Kritik der bisher herrschenden Norm ausgeht und nicht in ihrem Sinne Gleichstellung und "Förderung" betreibt.
- Auch Political Correctness ist in diesem Sinne ein zentrales Element. Aber eben nicht verstanden als Dogmatik dessen, "was nicht gesagt werden darf", sondern als Verpflichtung zur Einbeziehung dessen, was bisher nicht gesagt werden konnte, sozusagen eine Affirmative Action auf dem Gebiet der Inhalte und der Öffentlichkeit.
- Die Forderung nach einer unabhängigen Existenzsicherung wird die Idee einer Absicherung durch Arbeitspolitik, "Vollbeschäftigung" usw. ablösen müssen, wobei der Akzent auf "unabhängig" und auf "qualitativ ausreichend " liegt. Die Produktivität der Gesellschaft ist eine kollektive und umfassende; daß Existenzsicherung nach Kriterien der Formalarbeit oder der "besonderen Bedürftigkeit" von oben vergeben wird, ist nichts als ein willkürliches Instrument des Zwangs und der Unterwerfung.

d) Organisierung

Die Frage, wieweit Emanzipation Organisierung braucht und welche das sein soll, ist umstritten - aber zurecht umstritten, weil die Frage notwendig und eben nicht geklärt ist. Als halbwegs gesichert sollte unseren Erachtens gelten

- Für eine zukünftig emanzipative Bewegung wird es keine organisatorische Vereinheitlichung in einer großen Organisation geben Das ist weder sinnvoll, noch möglich, noch wünschenswert, das war es auch in der Vergangenheit nicht "Organisierung" im Sinne inhaltlicher Annäherung und des annähernden Austauschs strategischer Ziele kann und sollte jedoch sehr wohl ein übergreifender Prozeß sein, der an sektoralen Grenzen nicht halt macht. Multiple Zugehörigkeit und divergierende Herrschaftsanalysen sind das eine, die gemeinsame Erarbeitung von Grundrissen einer zukünftigen emanzipativen Politik ist das andere.
- Für letzteres gibt es heute einen massiven Bedarf. Deshalb wächst die Bedeutung von "gemischten" und "teilbereichsübergreifenden " Formen der Zusammenarbeit und Organisation, in denen eine solche Neubestimmung entwickelt, praktiziert, durchgesetzt, ein Stück weit gelebt wird. Auch sonst gibt es Bereiche theoretischen und praktischen Handelns, die ohne "Organisation" im engeren Sinne schlecht funktionieren die Schaffung selbstverwalteter Räume, "organisierte" Formen von Widerstand und Protest, das Ausloten theoretischer und

praktischer Gemeinsamkeiten für eine emanzipative Bewegung usw. Auch Organisation in diesem Sinne ist ein Stück Lebensqualität (und wird gesellschaftlich ständig untergraben).

- Politische Organisationen sind kein privilegierter Ort für Emanzipationsprozesse und deren Durchsetzung. Emanzipation und ihre Durchsetzung findet überall in der Gesellschaft statt, in jeder sozialen Kooperation, im Alltag ebenso wie in der institutionellen Politik. Die Individuen handeln dabei tatsächlich nicht allein, ihre "Organisierung" muß aber keineswegs unbedingt die der klassischen Organisationen sein - zB handelt eine Frau, die patriarchale Regeln praktisch in Frage stellt, "organisiert" in dem Sinne, wenn sie ihr Handeln in Verbindung mit der Theorie und Praxis anderer Frauen stellt (sei es die Frauenbewegung oder ihre Freundinnen) und sich in einen Prozess der Auseinandersetzung begibt, wofür sie aber nicht notwendig eine politische Organisation braucht. Ganz im Gegenteil haben sich "allgemeine" politische Organisationen für solche Fälle oft als hinderlich, kontraproduktiv, herrschaftsförmig erwiesen.
- Gerade das Wichtigste an Organisierung, nämlich das gemeinsame Erarbeiten von Grundrissen einer zukünftigen emanzipativen Politik, hat überhaupt keinen Raum in den "Dachorganisationen", die heute unter dem Druck der Mittelvergabe an NGOs so gerne vorangetrieben werden. Aber auch auf "bewegungsnaherer Seite" ist heute das Problem weniger, was bestimmte Kampagnen und Aktionsformen bringen oder nicht bringen. Das Problem ist, wie es möglich ist, innerhalb einer unübersichtlicher gewordenen Politlandschaft einen attraktiven, ausstrahlungsfähigen, bündnisfähigen und handlungsfähigen "Ort des Widerspruchs" am Leben zu halten und auszubauen, zu Gehör zu bringen und in andere Sparten hineinwirken zu lassen. Für dieses Problem reichen "bloße Dächer" und rein pragmatische Bündnisse nicht aus. Die Zeit der "Dächer" ist daher weitgehend vorbei und die Bedeutung einer punktuellen, pragmatischen Bündnispolitik stark relativiert.

Quelle:

Redaktion alaska: "150 Grad West, 60 Grad Nord - Eine

Standortbestimmung jenseits von neuem Internationalismus", alaska 223

vom Dezember 1998, S. 8 - 14

Zurück zum Nebenwiderspruch?

Naturverhältnisse in der Globalisierungskritik

von Christoph Görg

Das Thema Ökologie wirkt Anfang des neuen Jahrhunderts eigentümlich angestaubt - zumindest aus Sicht der globalisierungskritischen Bewegungen in den nördlichen Industriegesellschaften. Im Zentrum der Kritik an den Auswirkungen neoliberaler Globalisierung steht es jedenfalls nicht. Allenfalls besonders drastische Aspekte wie die Biopiraterie, d.h. die Privatisierung und industrielle Aneignung genetischer Ressourcen, werden in der öffentlichen Kritik skandalisiert - zu Recht und noch zu wenig. Doch weniger dramatische Verschiebungen in den globalen Naturverhältnissen drohen aus dem Horizont eines Protestes zu fallen, der sich vordringlich mit den vermeintlich harten ökonomischen Fragen und den globalen Macht - und Herrschaftsverhältnissen beschäftigt. Das Thema Ökologie scheint dagegen seinen kritischen Stachel verloren zu haben und wird allenfalls noch als Nebenwiderspruch geduldet.

Ansonsten wird es weiterhin den NGOs überlassen, ja mit NGO-Politik generell gleichgesetzt. Aus der Sicht von sozialen Bewegungen aus dem globalen Süden sieht dies anders aus. Sowohl indische Bauernbewegungen als auch die brasilianische Landlosenbewegung haben längst erkannt, dass der Raum für gesellschaftliche Alternativen auch an der Frage der Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse entschieden wird. Um diese Bedeutung des Ökologiethemas erkennen zu können, muss das Thema in seinen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, im Rahmen einer "Regulation der Naturverhältnisse" (Görg 2003) analysiert werden, was über die Umweltprobleme im engeren Sinne hinaus ökonomische, politische, technologische und kulturelle Prozesse einschließt. Der Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, der in der Tradition der Marxschen und der Kritischen Theorie stehend die Vermitteltheit von Natur und Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt, bringt diese Akzentverschiebung zum Ausdruck.

Die Thematik gewinnt angesichts der zentralen Widersprüche des neoliberalen Gesellschaftsmodells, der aufkommenden Krisen des Postfordismus an Relevanz. Während in der offiziellen Rhetorik lange Zeit der Traum eines krisenfreien Wachstumsmodells beschworen wurde, von dem alle gleichermaßen profitieren, im Norden wie auf Erden, werden die Widersprüche dieses Modells immer deutlicher erkennbar. Die postfordistische, d.h. die fordistische Aufschwungphase nach dem Zweiten Weltkrieg beerbende Konstellation, ist zwar weitgehend von einer neoliberalen, die Angebotskonkurrenz schürenden Marktideologie geprägt. Entgegen dieser Ideologie kam es aber nicht zu einem Rückzug des Staates, sondern zu dessen weitgehender Transformation und zu einer Internationalisierung von Staat und Herrschaft (vgl. Hirsch 2001). Und die zunehmenden Krisen im nationalen wie

internationalen Bereich führen zu einem verstärkten Rückgriff auf Macht und Gewalt als Mittel ihrer Bearbeitung - einschliesslich der militärischen Gewalt und der Option des Krieges.

In diesen Widersprüchen spielen die gesellschaftlichen Naturverhältnisse weiterhin eine sehr wichtige Rolle. Selbst der Krieg im Irak lässt sich als Ausdruck der Widersprüche postfordistischer Naturverhältnisse verstehen, weil er in der Unfähigkeit des US-amerikanischen Wachstumsmodells verankert ist, den Verbrauch an fossilen Ressourcen weniger verschwenderisch zu gestalten. Um diese Verbindungen erkennen zu können, darf nicht länger der Fehler reproduziert werden, Umweltprobleme abstrakt den Verteilungsproblemen sowie den Konflikten um den Zugang zu Ressourcen und um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums gegenüber zustellen. Vielmehr muss die Vermittlung zwischen Umwelt- und Ressourcenproblemen in den Mittelpunkt gestellt werden. Während in den nördlichen Ländern die ökologische oft der "sozialen Frage" entgegengesetzt und beide als einander ablösende Problemlagen behandelt wurden, war dies in den Ländern des globalen Südens schon immer anders. Hier erscheinen ökologische Probleme umgekehrt: oft als soziale Probleme (z.B. als Landflucht und Verstädterung). In diesem Zusammenhang ist von der "Third World Political Ecology" (Bryant/Bailey 1997) der Begriff eines "politicised environment" geprägt worden: Umwelt, Natur oder Ökologie sind nicht etwas, was außerhalb der sozialen Beziehungen existiert, quasi als natürliche Umgebung menschlicher Aktivitäten, sondern etwas, in das Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingeschrieben sind. Eine Sichtweise, die von Umwelt- oder ökologischen Problemen als etwas spricht, das die Gattung Mensch oder uns alle betrifft, wird dem nicht gerecht. Die Gründe für die Vernachlässigung der Ökologieproblematik im Kontext der zunehmenden Kritik neoliberaler Globalisierung sind vielschichtig. Einmal ist das Thema inzwischen in die offizielle Politik integriert und als Thema anerkannt worden. Zudem haben die kapitalistischen Gesellschaften längst angefangen, auf ökologische Probleme zu reagieren. Damit eng verbunden ist die Okkupation des Themas durch eine bestimmte Politikform, vertreten vor allem durch Nichtregierungsorganisationen mit einem kooperativen Politikstil. Die "Versöhnung" von Entwicklung und Ökologie unter dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung war geradezu die Leitidee der 90er Jahre - was sowohl hinsichtlich der Umdeutung der Themen bemerkenswert ist (besonders im Hinblick auf die Idee gesellschaftlicher Entwicklung) als auch einen Verzicht auf radikalere Kritik am vorherrschenden Gesellschaftsmodell einschließt.

Dies änderte sich erst Ende der 90er Jahre, als das Scheitern des Rio-Prozesses offenkundig wurde und stärker konfrontative Politikformen wieder an Bedeutung gewannen. Deshalb stellt sich die Frage, warum in diesem Prozess nicht auch die Naturverhältnisse stärker in den Horizont der Kritik an den Auswirkungen neoliberaler Politik geraten sind? Hier steht die Vermutung im Raum, dass auch in den globalisierungskritischen bzw. in den globalen sozialen Bewegungen - ein Begriff, den ich aufgrund der fehlleitenden Assoziationen von Globalisierungskritik oder gar Globalisierungsgegner vorziehen würde - eine falsche, zumindest problematische Rezeption der Ökologieproblematik vorherrscht. Mehr oder weniger explizit wird die Annahme unterbreitet, die Regulation der Naturverhältnisse sei ein eher peripheres Problem, ein "soft-issue" angesichts der harten Fragen der Ökonomie und der globalen Machtverhältnisse. So wie in der offiziellen Politik die An-

sicht Anklang findet, angesichts der endemisch gewordenen Krisen des neo-liberalen Projektes musste das Luxusthema Umwelt wieder in den Hintergrund treten - erst kommen bekanntlich die Arbeitsplätze und der Wirtschaftsaufschwung -, wird hier spiegelbildlich die Relevanz des Ökologiethemas abgewertet. Dabei wird nicht nur übersehen, welche Bedeutung dieses Thema für die Kritik kapitalistischer Vergesellschaftung hatte und hat, sondern auch wie eng die Naturverhältnisse tatsächlich mit den globalen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verbunden sind.

Wenn es den globalen sozialen Bewegungen so schwer fällt, den politischen Gehalt der Krise der Naturverhältnisse gegen die Politik der 90er Jahre und die Dominanz der NGOs zurückzugewinnen, dann hat dies strukturelle Gründe. Im Laufe der 90er Jahre ist das Ökologiethema im neoliberalen Diskurs aufgenommen und umgedeutet worden. Und gerade in den Ländern des Nordens ist seine tatsächliche Reichweite und Brisanz erst wieder sichtbar zu machen, wenn es aus dem neoliberalen Diskurs befreit wird. Umgekehrt gilt aber auch: Erst indem diese Dimension neoliberaler Strategien politisiert wird, können auch die Widersprüche des Postfordismus in ihrer ganzen Breite und Vielschichtigkeit und insbesondere in ihrer globalen Dimension richtig verstanden und bearbeitet werden.

Von der ökologischen Krise zum globalen Problemmanagement

Seit den 70er Jahren war die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse einer der deutlichsten Hinweise auf die immanente Krisenhaftigkeit kapitalistischer Gesellschaften sowie auf die Grenzen der nördlichen - amerikanischen, europäischen und japanischen - Lebensweise. Zunächst war sie ein Indiz für die immanente Destruktivität, mit der diese Gesellschaften ihre Widersprüche zu bearbeiten und dabei eine Abwälzung ihrer Belastungen vorzunehmen versuchen. Diese Abwälzung, in der ökonomischen Fachsprache als "Externalisierung" verharmlost, ist ein Strukturmerkmal sowohl der Funktionsweise kapitalistischer Ökonomien als auch der zwischengesellschaftlichen Verhältnisse im globalen Maßstab. Bis in die ökonomische Theoriebildung hinein hatte es sich Ende der 80er Jahre herumgesprochen, dass diese gemessen an ihren eigenen Rationalitätskriterien defizient ist, weil sie die ökologischen Rückwirkungen der ökonomischen Aktivitäten nicht in Rechnung stellen kann. Und auf der Ebene der gesellschaftlichen Entwicklung hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die relative Prosperität der Nachkriegsperiode nicht nur äußerst prekär war und daher der "kurze Traum immerwährender Prosperität" (Lutz) früher oder später zu Ende gehen musste, sondern dass er zudem auf Kosten der Natur gegangen war.

In der ökologischen Krise war eben nicht nur ein neues Themenfeld zu den klassischen Themen wie der "sozialen Frage" oder der "Gleichberechtigung der Frau" hinzugekommen. Genauso wie diese Bezeichnungen schon Umdeutungen der zugrunde liegenden gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse - der Klassen - und der Geschlechterverhältnisse - darstellen, ist die Verharmlosung der ökologischen Krise zum "Umweltproblem" eine Nivellierung der Krisenerfahrung und ihre Umdeutung zu einem handhabbaren Problem. Dabei stand diese Krise ganz im Zentrum der Irrationalität kapitalistischer Vergesellschaftung. Wo sie beanspruchte, in historisch unvergleichlichem

Maß gesellschaftlichen Reichtum geschaffen zu haben, da wurde deutlich, dass die Destruktivität des Systems in noch größerem Maße gewachsen war. Wo diese beanspruchte, die Rationalität des Gesamtsystems optimiert zu haben, da wurde sichtbar, dass historisch unvergleichbare und nicht beherrschbare Bedrohungslagen geschaffen worden waren. Die ökologische Krise artikulierte aber nicht nur die Widersprüche der fordistischen Phase kapitalistischer Vergesellschaftung - wobei nebenbei auch deutlich wurde, wie sehr der real existierende Sozialismus den Kapitalismus in seiner Destruktivität noch überholt hatte, ohne ihn in seiner Produktivität einzuholen. Sie war auch ein Signal dafür, dass diese Lebensweise tatsächlich partikular, auf einen kleinen Teil der Weltbevölkerung begrenzt bleiben muss. Denn ihre Versprechungen auf eine "nachholende Entwicklung" für den Rest der Welt mussten schon deswegen eine Lüge bleiben, weil das fordistische Wohlstandsmodell aufgrund seines Ressourcenverbrauchs und seiner Schadstoffbelastung nicht verallgemeinerungsfähig ist.

Die ökologische Krise ist also keine Anhäufung isolierter Umweltprobleme, sondern eine Krise des gesamten Wohlstandsmodells inklusive seiner kulturellen und wissenschaftlichen Selbstdeutungen (Becker/Jahn 1987). Doch dieses Verständnis der Krise war niemals dominant und es ist in den 90er Jahren immer mehr in den Hintergrund getreten und durch ein pragmatisches Umweltmanagement ersetzt worden. Nun war diese Einsicht auch vorher nicht unumstritten. In vielen sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre herrschte ein ökologisches Fehlverständnis bzw. ein naturalistisches Missverständnis dieser Krise vor. Demnach sei eine weitgehend unberührte Natur oder eine idealisierte Harmonie ökologischer Kreisläufe durch den Menschen gestört worden und müsse geschützt bzw. wiederhergestellt werden. Daraus kann schnell der Fehlschluss erwachsen, die "Gattungsfrage" Ökologie habe die sozialen Konfliktfronten überlagert oder sei sogar an ihre Stelle getreten. Dabei bleibt die enge Verquickung mit der gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik und den globalen Machtverhältnissen unbegriffen. Zudem wurde die Illusion einer Anpassung an die Natur geschürt. Es wurde übersehen, dass diese Natur immer eine kulturelle oder wissenschaftliche Projektion darstellt, ein wünschenswertes Idealbild oder ein naturwissenschaftliches konstruiertes Vorbild, das im Falle der Ökologie als politischer Maßstab der Veränderung nicht taugt (Trepl 1987).

Schon Mitte der 80er Jahre begann die Umdeutung der Krisenerfahrung und die Integration der Ökologieproblematik in die herrschenden Denkmuster. Nur scheinbar paradox ging sie mit der Anerkennung der Problematik einher. In dieser Anerkennung verbanden sich diskursive und institutionelle Strategien auf fatale Weise. Auf der diskursiven Ebene war spätestens mit der Diagnose der "Risikogesellschaft" (Beck 1986) die Kritik der neuen sozialen Bewegungen in der Gesellschaftstheorie und der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung angekommen. Gleichzeitig wurde sie damit umgedeutet, weil suggeriert wurde, ökologische Gefahren seien als gesellschaftliche Normalität hinzunehmen. Dies implizierte, die Frage nach der historisch-spezifischen Genese der "Risiken" und ihre Verquickung mit gesellschaftlichen Interessenlagen und Machtverhältnissen auszublenden - die ökologische Frage sollte angeblich alle bisherigen Konflikte und Widersprüche beiseite schieben und eine neue zentrale Problemstellung, den Primat der Gattungsfrage, begründen - jenseits der Klassenverhältnisse und jenseits von links und rechts. Zudem wurde suggeriert, neue institutionelle Bearbeitungsstruktu-

ren bildeten sich heraus, die den Problemen zwar nicht völlig gerecht werden könnten, die aber doch der neuen Situation angemessen seien - Risikomanagement eben. Mit diesen Elementen - Nivellierung der Interessenlagen und Kräfteverhältnisse und Übergang zum Problemmanagement - waren die wichtigsten Bausteine zu einer neoliberalen Adaption des Ökologiethemas angelegt. Nun entsprachen dieser Diagnose durchaus reale Entwicklungen: Mit den grünen Parteien zogen Repräsentanten ökologisch motivierter Kritik in die politischen Institutionen ein; in der Wissenschaft etablierte sich eine neue Form der interdisziplinären Umweltforschung (wenigstens wurde deren Notwendigkeit anerkannt); in der Alltagskultur wurden die Mülltrennung und das schlechte Gewissen bei Fernflügen obligatorisch; und selbst in der Wirtschaft konnten sich Umwelttechnologien, Umweltaudit und Ökosponsoring etablieren. Als letzter und wichtigster Punkt wurde zu Beginn der 90er Jahre unter dem Leitbegriff der Nachhaltigkeit die Verquickung von Entwicklung und Umwelt zum Thema: Die Idee eines feststehenden Maßstabs gesellschaftlicher Modernität, dem sich die anderen, "unterentwickelten" Gesellschaften nur noch anzupassen hätten, wurde verabschiedet und der Maßstab gesellschaftlicher Entwicklung selbst in Frage gestellt - zumindest auf dem Papier.

An den Diskussionen um nachhaltige Entwicklung wird aber auch am deutlichsten sichtbar, dass diskursive Verschiebungen nur eine rhetorische und weniger eine reale Anerkennung der Problemlage beinhalteten - und dass sie auf dem institutionellen Terrain eine erheblich Umdeutung und die Integration der Thematik in neoliberale Strategien und Prozesse beinhalteten (zur Kritik: Eblinghaus/Stickler 1996). Es wurde schnell sichtbar, dass die entwickelten Industriegesellschaften des Nordens weiterhin beanspruchen, nicht nur die Definitionshoheit über die Probleme zu besitzen, sondern auch die am weitesten entwickelten Reaktionskapazitäten zu verkörpern - sie seien doch am effizientesten und am technologisch innovativsten. Damit wurde unter der Hand die Kritik am Entwicklungsmodell "des Nordens" wieder in eine Erneuerung des Modells der nachholenden Entwicklung umgedeutet, nun allerdings mit der Einschränkung, dass den Ländern des Südens noch nicht mal das Einholen des nördlichen Konsumstandards in Aussicht gestellt wurde. Um es zuzuspitzen: Der Norden muss nur effizienter werden, doch Chinesen dürfen keine Autos fahren - zumindest nicht alle. Die Idee einer "Versöhnung" von Umwelt und Entwicklung baute von Anfang an auf der Lüge auf, dass "der Norden" an eine grundlegende Revision seines Entwicklungsmodells gar nicht dachte. Sichtbares Indiz dafür ist - neben der Privilegierung von ökonomischer Effizienz und technologischen Lösungsoptionen - das Setzen auf kooperative unter Verzicht auf stärker konfrontative Politikformen und damit der Verzicht auf eine tiefer gehende Kritik der gesellschaftlichen Widersprüche. Schon bevor die Nichtregierungsorganisationen zum neuen Hoffnungsträger internationaler Politik avancierten - eine Karriere, die sie u.a. der Schwäche sozialer Bewegungen zu Beginn der 90er Jahre verdankten - wurden die Konstruktion von Win-win-Lösungen und die Hoffnung auf kooperative Problemlösungen zum Leitbild der Politik.

Insofern ist es auch falsch, nun einfach die NGOs zum Sündenbock einer Entpolitisierung der ökologischen Krise zu stempeln. Das gesamte Terrain

institutioneller Politik, vor allem, aber nicht nur im internationalen Bereich, verschob sich im Lauf der 90er Jahre. Dafür spielten globale Umweltprobleme bzw. was darunter verstanden wurde eine entscheidende Rolle. Meist wurden diese Probleme so definiert, dass Hoffnungen auf kooperative Formen der Problembearbeitung geweckt wurden. Um ein Beispiel zu nennen: Schließlich scheint es im Interesse aller Akteure, von Regierungen, von Naturschutz- und Entwicklungs-NGOs und selbst der großen Konzerne zu liegen, wenn der Verlust der biologischen Vielfalt gebremst werden kann, zumal ansonsten potenziell wertvolle Organismen unwiederbringlich verloren gehen. Bei dieser Problemdefinition wird aber unterschlagen, dass die erblichen Bestandteile von Pflanzen und Tieren, die genetischen Ressourcen, längst zum Gegenstand globaler Konflikte um die Modalitäten ihrer Aneignung und die Verteilung der Gewinne geworden waren. Und angesichts dieser Konflikte ist die Hoffnung auf kooperative Lösungen schlichtweg naiv. Mehr noch: Diese Hoffnung verschleiert die Interessen, die tatsächlich die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse antreiben. Und dominant sind hier keineswegs die Interessen des Naturschutzes oder gar die Rechte lokaler Akteure und die Chancen nichtkapitalistischer Formen der Nutzung der biologischen Vielfalt.

Widersprüche neoliberaler Naturverhältnisse

Die 90er Jahre sind geprägt durch eine Umdeutung der ökologischen Krise, bei der ihre Rezeption wie auch die institutionellen Gegenmaßnahmen mehr und mehr durch das neoliberale Politikmodell geprägt werden. Dieses Modell hat verschiedene Elemente: den Glauben an den Markt als das effizienteste Instrument zur Allokation knapper Ressourcen und damit auch zu einer sorgsameren Nutzung der Natur, verbunden mit Zweifeln an staatlichen Maßnahmen (Gesetzen); die Privilegierung technischer Lösungsoptionen für ökologische Probleme; die Verklärung der "Effizienzrevolution" und die Ablehnung, ja Verspottung aller strukturellen Veränderungen; und letztlich der Glaube an die technische Lösbarkeit gesellschaftlicher Probleme - der Managerismus. Letzterer stellt, in Verbindung mit der Propagierung kooperativer Bearbeitungsstrategien, den wesentlichen Baustein dar, aus dem die "Mythen globalen Umweltmanagements" (Görg/Brand 2002) gestrickt sind. Doch gerade deswegen sollte man diesen Mythen nicht auf den Leim gehen. Genauso wie der Markt aus sich heraus überhaupt nichts regelt, sondern regulierender (politisch-rechtlicher, kultureller) Institutionen bedarf, bedarf das globale Umweltmanagement regulierender Institutionen - und die sind keineswegs nur kooperativ strukturiert und auf die Lösung von Menschheitsproblemen ausgerichtet, wie im Global-Governance-Diskurs immer wieder suggeriert wird (zur Kritik: Brand u.a. 20001), sondern herrschaftlich absichernd und bei Bedarf repressiv. Gerade die neoliberale Restrukturierung der Naturverhältnisse hat im globalen Maßstab einschneidende Folgen für andere soziale Akteure wie für die Natur.

Weil globale Märkte durchgesetzt und in ihrer Funktionsweise abgesichert werden müssen, zielt die neoliberale Strategie auf die Zerstörung nicht - kapitalistisch organisierter Produktions- und Reproduktionsformen und die Privatisierung der Produktionsmittel - von der britischen Eisenbahn über das Saatgut in der Landwirtschaft bis zur Wasserversorgung in vielen Tei-

len der Welt. Kaum ein politisches Projekt seit der industriellen Revolution Mitte des 19. Jahrhunderts dürfte so einschneidende Folgen für die globalen Naturverhältnisse gehabt haben wie die Durchsetzung postfordistischer Naturverhältnisse. Im Zentrum stehen dabei technologische Innovationen, verbunden und abgesichert durch politisch-rechtliche Instrumente. Schon das gesamte 20. Jahrhundert hindurch wurde versucht, die Landwirtschaft stärker kapitalistisch zu organisieren. Aber bislang stand dem entgegen, dass die Produktionsmittel - neben dem Land vor allem das Saatgut - nur schwer der Kontrolle der unmittelbaren Produzenten zu entreißen waren und damit eine wirklich kapitalistische Organisation nur bedingt möglich war. Erfolgreich war die Strategie einer "ursprünglichen Akkumulation" in der Landwirtschaft (d.h. der Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln, vgl. Kloppenburg 1988) erst, als mit den neueren Bio- und Gentechnologien in Verbindung mit der Patentierung genetischer Ressourcen (Saatgut) die entsprechenden Mittel zur Verfügung standen, um die Produktionsmittel tatsächlich der Kontrolle des Kapitals zu unterwerfen.

In einigen Industrieländern (vor allem USA und Kanada), in denen diese Umstrukturierung inzwischen stattgefunden hat, haben die Bäuerinnen und Bauern (wenn man sie denn noch so nennen will) die Kontrolle über Anbau und Vermarktung ihrer Produkte fast völlig verloren und die Farmen sind der verlängerte Produktionsort der großen Lebensmittel- und Saatgutkonzerne geworden. In den meisten Teilen der Welt ist diese Entwicklung aber noch in vollem Gange. Mit gravierenden sozialen und ökologischen Auswirkungen muss besonders in den Staaten gerechnet werden, in denen bislang noch Subsistenzlandwirtschaft oder die Produktion für regionale Märkte weit verbreitet waren, denn diese Produktion ist mit teurem Saatgut und teurer Agrarchemie unvereinbar (vgl. dazu die Beiträge von Silvia Ribeiro und Tewolde Egziabher in Görg/Brand 2002). In sozialer Hinsicht dürfte, nach den Erfahrungen der "grünen Revolution" der 50er und 60er Jahre, die Einführung gentechnisch modifizierten Saatguts eine weitere Spaltung der ländlichen Bevölkerung zur Folge haben. Sehr wenige werden, wenn die Abhängigkeit vom Weltmarkt es zulässt, einen sozialen Aufstieg schaffen. Aber die breite Mehrheit wird verarmen. wird von Verschuldung und fehlendem Land in die Städte getrieben werden und dort die sozial-ökologischen Problemlagen anheizen. Oder sie wird zum Spielball zweifelhafter Ansiedlungsprojekte in bislang vermeintlich unberührten oder vermeintlich unproduktiv genutzten Regionen und dient dann der Vertreibung der dort lebenden Bevölkerung wie der Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen. So oder so: In ökologischer Hinsicht wird die weitere Verarmung der genetischen Vielfalt in der Landwirtschaft und in "natürlichen Ökosystemen" die Folge sein. Es werden Lebens- und Produktionsweisen untergraben und ausgelöscht, die für die Entstehung und Erhaltung der Agrobiodiversität seit Jahrhunderten verantwortlich waren. Und dies wird mit einer weiteren Umwandlung von Landschaften wie dem tropischen Regenwald einhergehen, die den Mitteleuropäern als "naturnäher" gelten, die aber faktisch die Lebensgebiete von sehr unterschiedlichen Kulturen (im Sinne materialer Formen da Gestaltung der Naturverhältnisse) darstellen (Hecht 1998).

Ähnliches spielt sich heute in der Wasserversorgung ab. Große, global agierende Konzerne versuchen sich die regionalen und lokalen Märkte für Wasser unter den Nagel zu reißen. Rhetorisch und auch zu Legitimationszwecken wird dabei auf den Nachhaltigkeitsdiskurs Bezug genommen. Demnach sind private Akteure und ein public-private-partnership (PPP) die geeignetsten, weil effizientesten Akteure zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung. Und gerade dieser legitimatorische Bezug scheint dazu beizutragen, dass die ökologische Seite dieser Strategien heute in der Kritik vernachlässigt wird. Wenn Nachhaltigkeit sowieso nur ein ideologisches Mäntelchen neoliberaler Politik ist, dann scheinen auch die konkreten Sachverhalte keiner weiteren Beschäftigung wert. Genau dies ist aber ein Fehlschluss, der dem scheinbar technischen Charakter des globalen Umweltmanagements auf den Leim geht. Dabei wirkt sich die neoliberale Umstrukturierung massiv auf die Gestaltung der Naturverhältnisse aus. Denn gerade hier werden entscheidende Weichenstellungen vorgenommen, in welcher Weise die materiellen Lebensweisen in verschiedenen Teilen der Welt überhaupt noch zu einer Suche nach eigenständigen Entwicklungsalternativen fähig sind.

Spannungen zwischen den großen Blöcken der kapitalistischen Triade scheinen dabei eine geringere Rolle zu spielen, obwohl sie z.B. die Konflikte in der Welthandelsorganisation bei den Agrarverhandlungen entscheidend prägen. Selbst hier sind jedoch Differenzen in der Gestaltung der Naturverhältnisse der Hintergrund für unterschiedliche politische Strategien. Ein Beispiel dafür wäre die Unfähigkeit der USA, aus ihren noch dem fordistischen Wachstumsmodell verhafteten Strategien der Energieversorgung herauszukommen, was sich nicht nur auf die Klimaverhandlungen und das Kyoto Protokoll auswirkt (Missbach 1999), sondern auch auf die Haltung zur Erdölregion im Nahen Osten. Auch die Gegensätze in der Landwirtschaft und unterschiedliche Haltungen zur Nutzung der Gentechnologie zwischen Europa und den USA sind im Kern unterschiedlichen Strategien der Regulation der Naturverhältnisse geschuldet: hier eine der öffentlichen Skepsis wenigstens formal verpflichtete vorsichtige Vorgehensweise, dort die massive und bedingungslose Favorisierung der Gentechnik.

Wichtiger sind aber die Interessengegensätze zwischen den Industrieländern und den Regionen der Peripherie, in denen noch nicht-kapitalistisch geprägte Naturverhältnisse anzutreffen oder sogar vorherrschend sind. Wie der erbitterte Widerstand in Indien gegen gentechnisch modifiziertes Saatgut zeigt, sind sich soziale Bewegungen im Süden sehr viel klarer bewusst, dass die Chancen für eigenständige Entwicklungsstrategien entscheidend davon tangiert werden, mit welchen technischen, politisch-rechtlichen oder ökonomischen Mitteln die Naturverhältnisse gestaltet werden. Ähnliches lässt sich bei der brasilianischen Landlosenbewegung, dem MST, beobachten. Obwohl hier der Kampf um Landrechte und die Auswirkungen der ungleichen Landverteilung für die soziale und demokratische Struktur des Landes im Vordergrund stehen, scheint sich die Einsicht durchzusetzen, dass nur bei einer Umstellung der gesamten Landwirtschaftspolitik - weg von der Produktion für den Export und hin zur Ernährungssicherheit im eigenen Land - langfristige Änderungen in der Lebensweise der Bevölkerungsmehrheit zu erreichen sind. An entscheidender Stelle enthält dieses Programm auch ökologische Elemente, von der Ablehnung gentechnisch modifizierten Saatguts über die regionale Vermarktung der Produkte bis zur Verwendung von

Dünger und Pestiziden. Obwohl dieses Programm reformistisch geprägt ist, könnte es doch mittel- und langfristig zu einer erheblichen Veränderung der brasilianischen Gesellschaft beitragen - wenn es nicht von anderen Entwicklungen untergraben wird. Denn diese Gefahr besteht durchaus, so wird inzwischen in Süd-Brasilien, wo eigentlich gentechnisch modifiziertes Saatgut verboten ist, in erheblichem Maße solches Saatgut eingeschmuggelt, was die Gefahr einer erhöhten Abhängigkeit von den großen Saatgutkonzernen mit sich bringt. Und über allem liegt drohend die Einrichtung der amerikanischen Freihandelszone, einem neoliberalen Projekt, das allen alternativen Entwicklungsszenarien den Garaus machen dürfte.

Nicht nur im Amazonas-Gebiet oder in Chiapas, sondern in einer Vielzahl von Regionen ist der Kampf um die Kontrolle der Naturverhältnisse inzwischen zu einer zentralen Dimension der sozialen Kämpfe geworden. Klassisch kolonialistische bzw. imperialistische Formen (wie die Kontrolle über den Abbau von Bodenschätzen) stehen dabei neben modernen fordistischen (Anbau von Cash-Crop wie Bananen und Kaffee) und postfordistischen Strategien (Biopiraterie, genetisch veränderte Organismen, Patente) und überlagern sich vielfach. Eines wird aber in diesen komplexen Konstellationen schlagend deutlich: Die globalen, regionalen und nationalen Machtverhältnisse werden in die Naturverhältnisse der Gesellschaften eingeschrieben. Damit ist gemeint, dass sich Abhängigkeits- und Dominanzverhältnisse ganz entscheidend darüber reproduzieren, welche Akteure die Kontrolle über die Gestaltung der Naturverhältnisse haben. Der Begriff des "politicised environment" (Bryant/Bailey) hebt diesen Aspekt hervor. Eine Fixierung auf die möglicherweise katastrophalen Folgen globaler Umweltprobleme lenkt dagegen von der tatsächlichen Brisanz dieser Krise eher ab. Denn nicht die große ökologische Katastrophe irgendwann in der Zukunft, sondern die vielen kleinen, lokalen oder regionalen Katastrophen sind das Problem - und die kennen sehr wohl Gewinner und Verlierer.

Die Wiederaneignung des Ökologiethemas

Notwendig ist also eine Wiederaneignung des Ökologiethemas. Dies meint zunächst, dass der kooperationsfixierten Haltung vieler (aber nicht aller) NGOs wieder eine kritischere, konfliktbereitere Politik entgegengesetzt wird. Was nicht damit zu verwechseln ist, nun zu einer verbalradikalen Rhetorik über zu gehen - oftmals sind reformistische Strategien viel wirksamer (s. MST). Aber es bedeutet, die gesellschaftlichen Ursachen und die damit verbundenen Interessen klarer zu benennen und zu bekämpfen, als dies eine dialogorientierte Strategie vermag. Notwendig ist deshalb auch eine intensive Beschäftigung mit der postfordistischen Restrukturierung der Naturverhältnisse, um eben diese Ursachen und die hinter ihnen stehenden Kräfte beim Namen nennen zu können. Und notwendig ist darüber hinaus, die globalen Vermittlungen zu erkennen, auch wenn diese nicht unbedingt und in jedem Fall gemeinsame Interessen zum Vorschein bringen. Zwar gibt es Felder, in denen diese relativ einfach auszumachen sind - so im Widerstand gegen die Privatisierung von Wasser, die Nord und Süd gleichermaßen bedroht. Doch schon hier sind die Auswirkungen tatsächlich sehr unterschiedlich, je nachdem ob brasilianische Favelas oder reiche Regionen in Europa betroffen sind. Wenn die konkrete Vermittlung von ökologischen Pro-

blemen und Fragen der Ressourcenverteilung nicht analysiert wird, droht sogar eine gefährliche Umdeutung dieser Problematik in eine ökologische Modernisierung der Wasserversorgung unter Ausklammerung der (regionalen und globalen) Verteilungskonflikte.

Noch viel stärker zeigen sich Interessengegensätze in der Landwirtschaftspolitik. In der Ablehnung der Gentechnologie und der Patentierung von genetischen Ressourcen lassen sich noch Gemeinsamkeiten in den sozialen Bewegungen ausmachen. Doch sie dürften schon da enden, wo die billige Versorgung mit schönen exotischen Früchten in Europa und den USA auf dem Spiel steht - und wo vor allem die hochgradige Subventionierung der europäischen Landwirtschaft und ihre fatalen sozialen und ökologischen Folgen aufs Tapet kommen. Das ist kein Plädoyer für Freihandel. Es ist äußerst fraglich, ob die Länder des Südens und vor allem ihre ärmeren Bevölkerungsschichten tatsächlich etwas gewinnen, wenn sie bessere Exportmöglichkeiten in die EU bekommen. Aber es hat sich inzwischen herumgesprochen, dass die hoch subventionierten Lebensmittel regionale Märkte in den Entwicklungsländern untergraben. Es müssten also zunächst die hiesigen Interessenkonstellationen aufgeknackt werden, um überhaupt andere und vielleicht bessere Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu ermöglichen. Dies setzt eine kritische Sicht auf die globalen Zusammenhänge in der Gestaltung der Naturverhältnisse voraus. Dies in der öffentlichen Diskussion zu Gehör zu bringen, dürfte nicht einfach sein. Und es macht deutlich, dass Globalisierungskritik in der Tat nicht gleich Globalisierungskritik ist. Denn eine Sicht, die lediglich den protektionistischen Schutz der eigenen Lebensverhältnisse fordert, bestätigt oder verstärkt damit möglicherweise die globalen Ungleichheitsverhältnisse. Von einem Aufbrechen der Interessenkonstellationen und Klassenkompromisse, die das europäische Modell prägen, sind wir allerdings noch weit entfernt. Und eine Folge ist z.B., dass in immer stärkerem Ausmaß die Fischbestände vor der westafrikanischen Küste von den Fischfangflotten aus dem Norden leer gefischt werden - und nicht nur für KonsumentInnen aus Japan.

Um eine neue Form des Internationalismus zu begründen, wäre es also fatal die Gemeinsamkeit der ökologischen Bedrohung zu beschwören. Dies war lange Zeit die Botschaft, die von der Ökologieproblematik auszugehen schien; und in dieser Form ist sie vom globalen Umweltmanagement aufgenommen, im neoliberalen Modell äußerst selektiv interpretiert und zu einem Element der gesellschaftlichen Umstrukturierung gemacht worden. Stattdessen ist daran anzusetzen, wie die globalen Interessenlagen und Machtverhältnisse sich in die Naturverhältnisse einschreiben - und welche Veränderungsstrategien daraus abgeleitet werden können. Wo sich gemeinsame Interessen der verschiedenen sozialen Bewegungen in Nord und Süd ergeben wie z.B. beim Wasser - umso besser! Dort kann und sollte vordringlich ange setzt werden. Aber jenseits dessen müssen die bestehenden Interessengegensätze ausgetragen werden. Inzwischen ist deutlich geworden, wie weit die neoliberale Umstrukturierung mit Verteilungskämpfen im globalen Ausmaß einhergeht, die inzwischen in allen Institutionen und Organisationen Einzug gehalten haben: von der Welthandelsorganisation und dem Weltsicherheitsrat über die Sozialversicherungen bis zu den Universitäten.

Die Verschärfung dieser Konflikte ist die Erbschaft des Neoliberalismus und sie hat viel mit dem Kampf um knappe Ressourcen und den Gestaltungspotenzialen in den Naturverhältnissen zu tun. Eine Änderung ist nur vorstellbar, wenn nach anderen Formen der Bearbeitung dieser Interessengegensätze gesucht wird und dabei bestehende Konflikte ausgetragen werden. Wenn die Widersprüche des neoliberalen Modells immer deutlicher zu Tage treten, dann ist dies eine Chance für soziale Bewegungen, auf die Notwendigkeit anderer Strategien aufmerksam zu machen. Und dafür gibt es in den vielfältigen Bewegungen der verschiedenen Regionen genügend Ansatzpunkte. Dies bedeutet aber auch, sich die verschiedenen lokalen und regionalen Konflikte um die Gestaltung der Naturverhältnisse genau anzuschauen und die dabei gemachten Erfahrungen ernst zu nehmen. Nicht, um sie zu kopieren, sondern um daraus zu lernen, welche Vermittlungen mit den eigenen Naturverhältnissen vorliegen und wie die Interessenlagen im konkreten Fall beschaffen sind. Erst in diesen Lernprozessen kann die Suche nach Gemeinsamkeiten beginnen. Aber dafür muss zunächst mal wieder anerkannt werden, dass die Naturverhältnisse tatsächlich eine entscheidende Rolle in der gesellschaftlichen Entwicklung spielen.

Quelle:

Christoph Görg: "Zurück zum Nebenwiderspruch? - Naturverhältnisse in der Globalisierungskritik". In: Theo Bruns/Josef "Moe" Hierlmeier/Alexander Schudy/Markus Wissen: radikal global - Bausteine für eine internationalistische Linke, BUKO/Assoziation A, Berlin, 2003, S. 70-83

Literatur:

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986

Becker, Eon/Jahn, Thomas: Soziale Ökologie als Krisenwissenschaft, Frankfurt/M. 1987

Brand, U./Brunnengräber, A./Schrader, L./Stock, C./Wahl, P.: Global Governance. Möglichkeiten und Grenzen von Alternativen zur neoliberalen Globalisierung, Münster 2000

Bryant, Raymond L./Bailey, Sinead: Third World Political Ecology, London / New York 1997

Eblinghaus, Helga / Stickler Armin: Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development, Frankfurt a.M. 1996

Gerg, Christoph: Regulation der Naturverhältnisse, Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster 2003

Görg, Christoph/Brand, Ulrich (Hg.): Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen "nachhaltiger Entwicklung", Münster 2002

Hecht, Susanna R. (1998): Tropische Biopolitik - Wälder, Mythen, Paradigmen, in: Flitner, M./Görg, C/Heins, V. [Hg.): Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik, Opladen 1998, S. 247-274

Birsch, Joachim: Die Internationalisierung des Staates, in: Wirsch. J./Jessop, B./ Poulantzas. N.: Die Zukunft des Staates, Hamburg 2001, S. 101-138

Kloppenburg, Jack R.: First the Seed. The political economy of plant technology 1992- 2000. Cambridge et al, 1988

Missbach, Andreas: Das Klima zwischen Nord und Süd, Münster 1999

Trepl, Ludwig: Geschichte der Ökologie, Frankfurt/M. 1987

Morphing Zone - Nachhaltigkeit als Modernisierungsstrategie

von Christoph Spehr und Armin Stickler

I. Die Technik des Morphens

Alles morpht. Werbung und Hollywood sind wie immer dicht dran am Zeitgeist, Im Eduscho-Spot nimmt der gestreßte Büroangestellte ein Täbchen Espresso und -schwup! -wird ein dynamischer Windhund aus ihm:

Ohne Ruckeln und sichtbare Übergänge wächst das eine Bild in das andere. Ein großer Morpher war auch der Bösewicht aus der Zukunft in Terminator II. Aus einem sagenhaften "Flüssigmetall" gefertigt kann er die Gestalt jedes Objekts und jeder Person annehmen, die er berührt. Er wächst aus Fußböden hervor, schmilzt durch Gitterstäbe hindurch, und das nächste Opfer staunt nicht schlecht, als es seinem eigenen Ebenbild gegenübersteht, welches ihm nicht freundlich gesinnt ist.

Morphing ist eine Computertechnik: Anfangs- und Endbild werden festgelegt und dann das Anfangsbild mit so unmerklichen Veränderungsschritten an das Endbild angenähert, daß die Veränderung wie ein natürlicher Wachstumsprozeß wirkt. Morphing ist aber auch politische Realität. Seit Jahren erleben wir Morphing total. Aus Befreiungsbewegungen werden sozialdemokratische Wahlparteien, aus der "Ausbeutung der Dritten Welt" wird ein gemeinsames Boot, aus den "Neuen sozialen Bewegungen" werden Nichtregierungsorganisationen. Aus Startbahn West-GegnerInnen werden ModernisierungspolitikerInnen, aus HausbesetzerInnen werden HausbesitzerInnen, aus den "Grenzen des Wachstums" wird das "Wachstum der Grenzen". Aus "Protest" wird "zivilgesellschaftliche Verantwortung", aus der Orientierung, Sand im Getriebe zu sein, wird die Strategie der runden Tische, aus "Nie wieder Deutschland" wird "Zukunftsfähiges Deutschland".

Alles ist möglich: Come in and find out!

Das Morphing des Diskurses um Umwelt und Entwicklung der letzten 25 Jahre sowie der dazugehörigen oppositionellen Formen ist ein besonders ärgerlicher und geradezu beispielhafter Vorgang. Während in den 70er Jahren die Ökologieproblematik von kritischer Seite meist mit einer allgemeinen Kritik an der herrschenden Produktionsweise verknüpft wurde, reimt sich Ökologie heute auf Modernisierung, Verschlankung, Effektivierung, Kontrolle und Zukunftstechnologie. Während sich die entstehende Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung vor nicht allzu langer Zeit im antagonistischen Kampf gegen "Staat und Kapital" sah, wird heute gemeinsam auf internationalen Weltkonferenzen für "Nachhaltigkeit" und "Zukunftsfähigkeit" gestritten. Ökologisches Bewußtsein ist heute in das "Zentrum der Gesellschaft" vorgedrungen, aber es hat sich wenig zum besseren gewendet. Ökologie hat sich zu einem Herrschaftsdiskurs gemausert, der alles in sich

hineinmorphet, was den neuen sozialen Bewegungen einst lieb und teuer war nur um ihnen dann den Garaus zu machen.

Bevor wir nun aber vorschnell "Verrat" und "Betrug" schreien, sollten wir uns klarmachen, daß Morphing und Herrschaftsdiskurse nichts Ungewöhnliches sind. Herrschaft braucht Diskurse, braucht das Morphen von Tatsachen und Aussagen zu prognostizierbaren und unentrinnbaren Ergebnissen. Ein Diskurs ist nichts anderes als eine bestimmte Art, über Dinge zu reden und mit ihnen umzugehen; eine Gruppe von Aussagen, die eine bestimmte Sprechweise zur Verfügung stellen, um über etwas zu sprechen. Das ist ganz und gar nichts Harmloses. Der Diskurs "ermöglicht es, das Thema in einer bestimmten Art und Weise zu konstruieren. Er begrenzt ebenfalls die anderen Weisen, wie das Thema konstruiert werden kann" (Hall 1994). Der Diskurs legt fest, wie man über ein Thema reden und wie man handeln kann. Er formuliert Endbilder, zu denen alles hingemorphet wird, was "auffällt" und was "gemeint" wird. Er schreibt Grenzlinien zwischen dem, was "ernsthaft" ist und was als Unsinn zu gelten hat.

Diskurse sind nach Foucault eng mit Macht verknüpft (Foucault 1977). Der Diskurs ist nicht einfach eine geschickte Täuschung. Man muß Macht haben, um einen Diskurs durchzusetzen, so wie der Diskurs Ausdruck dieser Macht ist. Macht und Wissen schließen einander ein: Der Diskurs legt fest, was Wissen ist und was man wissen muß. Was "Wissen" heißt, ist eine Machtfrage. Aber von diesem Wissen gilt dann auch: "Wissen ist Macht", d.h. das Wissen stützt die Macht und reproduziert sie. Diejenigen, die den Diskurs in Gang halten, haben die Macht, ihn "wahr" zu machen, etwa seine Geltung, seinen wissenschaftlichen Status durchzusetzen und die Formen der Praxis zu kontrollieren. Diskurse durchziehen alle sozialen Praktiken und beeinflussen sie. Unter Bezug auf Foucault ist also der Diskurs der Wissenschaftler des Nordens über "Umwelt und Entwicklung" tief mit der Praxis verstrickt, mit der Art, wie sich "der Norden" gegenüber Natur und "Dritter Welt" verhält.

Der Diskurs macht's möglich. Mit ihm geht ein Kamel durch ein Nadelöhr und kommt ein Reicher in den Himmel, mit ihm werden die Hauptverursacher der ökologischen Krise zu Leitfiguren der ökologischen Erneuerung. Der Diskurs sorgt dafür, daß Schlachten verloren und Zugeständnisse gemacht werden können, ohne daß Herrschaft ihre Legitimität verliert. Er schützt den Kernbereich der Herrschaft vor den Erschütterungen der täglichen Auseinandersetzungen. Er deutet die Motive der Gegnerschaft um zu konstruktiven Verbesserungsbeiträgen. Jeglicher Aufstand morphet zu einer temporären Verwirrung, einer vorübergehenden Krankheit: Die Perspektive, die herrschende Klasse abzuschaffen, ist im Herrschaftsdiskurs nicht formulierbar. Elastizität schützt den Diskurs vor Scheitern. Es gehört daher zum Wesen von Herrschaftsdiskursen, daß sie "scheiternsunanfällig" sind.

II. Herrschende Nachhaltigkeit - nachhaltige Herrschaft

Alles wird gut. So läßt sich wohl am treffendsten die Hauptaussage der neueren Debatte um nachhaltige Entwicklung zusammenfassen. Nun meinen die Nachhaltigkeitsapostel von IWF und Weltbank, von politischen Parteien und transnationalen Konzernen, von Umweltverbänden und Forschungsinstituten damit nicht, daß man sich zurücklegen und die Beine hochlegen soll. Im Gegenteil sei eine große Anstrengung der Menschheit nötig, um die Probleme der "Einen Welt" zu lösen. Aber, die Probleme sind erkannt und formuliert, ein griffiges Konzept ist bei der Hand, und eine internationale Riege von Problemlösern, allesamt ausgewiesene Experten, sind sich einig, daß mit effektiviertem Einsatz von Technik und einer gleichzeitigen neuen Verzichtsmoral der "Bevölkerung" das Kind schon zu schaukeln sei. Die "Öko-Optimisten" (Maxeiner/Miersch 1996) betreten die Bühne.

In Begriff und Konzept Sustainable Development sind die als widersprüchlich wahrgenommenen Prinzipien von Ökonomie und Ökologie, von Umwelt und Entwicklung zu einem "integrativen Konzept" vereint. Sustainable Development gibt nicht weniger vor, als gleichermaßen Armut und Ungerechtigkeit, Naturzerstörung und "Überbevölkerung" zur Zufriedenheit der BewohnerInnen der "Einen Welt" zu lösen - und das auch noch dauerhaft. Unter diesem gemeinsamen Dach beherbergt das Konzept eine Vielzahl von Ideen, Hintergrundannahmen und Handlungsvorschlägen, deren zum Teil widersprüchliche Vielzahl für jede und jeden das Richtige bereithält (vgl. Eblinghaus/Stickler 1996). Gegen nachhaltige Entwicklung kann eigentlich keiner etwas haben. Für den SPIEGEL ist Sustainable Development nicht nur ein "neues Paradigma", sondern gar eine "Formel fürs Überleben" und das "Schlüsselwort des 21. Jahrhunderts". Die Karriere des Begriffs ist geradezu beispiellos. Die Häufigkeit seiner Verwendung verhält sich allerdings umgekehrt proportional zur Bestimmtheit seines Inhalts. Der Begriff nachhaltige Entwicklung ist somit eher ein "Alleskleber" (Sachs 1995).

Die Elemente des Konzepts sind schnell genannt. Spätestens seit dem Brundtland-Bericht, welcher von der UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung 1987 veröffentlicht wurde und den Begriff Sustainable Development erst populär machte, wird die "radikale" Vorstellung, daß ein dauerhafter Schutz der Lebensbedingungen nur durch eine Revision des westlichen Industrialisierungsmodells und ein ökonomisches Nullwachstum zu erreichen sei, revidiert. Explizit behauptet der Brundtland-Bericht die Unverzichtbarkeit von Wirtschaftswachstum in den Industrieländern. Für die Entwicklungsländer hänge ein weiteres Wachstum ab "von einem wirkungsvollen und koordinierten Wirtschaftsmanagement unter den größten Industrieländern" (Hauff 1987).

Wissenschaft und Technologie werden als "Verursacher" der ökologischen Krise im Diskurs Sustainable Development zwar benannt, doch gleichzeitig werden sie als Teil der Lösung betrachtet, ein klassischer "Münchhausen-Effekt". Auch der "kritischere" Flügel des Diskurses Sustainable Development, der eine prinzipiellere Kritik an den Verhältnissen nicht völlig aus-

spart, argumentiert ähnlich. Angeprangert werden einzelne Fehentwicklungen des Industrialisierungsmodells des Nordens, statt dieses selbst als Fehlentwicklungsmodell aufzufassen. Schuld ist allenfalls eine zu "hemungslose" Marktwirtschaft, die es nun gilt ökologisch zu domestizieren und zu zivilisieren. Konkrete Probleme sind vorhanden. Es gilt, sie zu lösen. Für grundlegendere Änderungen und Überlegungen ist keine Zeit vorhanden. Es muß sofort gehandelt werden. Schließlich soll die Erde gerettet werden. "Spock, übernehmen Sie!"

Globale Öko-Grenzen werden von WissenschaftlerInnen ermittelt und über die Köpfe und Erfahrungen der Individuen hinweg auf kleinere Einheiten heruntergerechnet. Technologischer Umweltschutz soll intensiviert, der Ausbau internationaler Institutionen vorangetrieben und Bevölkerungspolitik perfektioniert werden. Das eigentliche Zauberwort der Nachhaltigkeitsapostel aber lautet "Effizienzrevolution". Sie ist neben der Forderung, daß die Preise die "ökologische Wahrheit" sagen sollen, die Hauptstrategie der ÖkoreformerInnen und soll die negativen ökologischen Folgen des Wirtschaftswachstums ausgleichen. Damit die Umweltschäden durch den damit verbundenen erhöhten Ressourcenverbrauch und allgemeine Umweltverschmutzung nicht vergrößert werden, muß das Wachstum der industriellen Produktion durch verbesserte, effizientere Technologien aufgefangen werden. Die Produktion von mehr Gütern soll entkoppelt werden von einem Mehr an Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung. Der eigentliche Skandal an dieser These ist, daß sie als großartige Neuerung daherkommt.

Die Technikgeschichte ist hingegen voll von Effizienzrevolutionen (die allerdings freilich bisher nicht zu einer real nachhaltigen Wirtschaftsweise geführt haben, im Gegenteil). Der neue "Bericht an den Club of Rome" (Weizsäcker/ Lovins 1995) nennt sich griffig "Faktor vier". Durch halbierten Verbrauch soll der Wohlstand verdoppelt werden, die Ressourcenproduktivität somit vervierfacht werden. Die AutorInnen fassen die Botschaft des "Faktor vier" und damit die Effizienzrevolution zusammen. Sie sei "neu, einfach und aufregend: neu, weil sie nichts geringeres ankündigt als eine neue Richtung des technischen Fortschritts, einfach, weil sie dafür eine einfache Formel anbietet, und aufregend, weil sie Profite verspricht". Die vielbeachtete Nachhaltigkeitsstudie "Zukunftsfähiges Deutschland" des Wuppertal-Instituts für Klima Umwelt Energie schwärmt von sogenannten Gewinnerindustrien, die schon heute Zeichen für die Offensive des "ökologischen Denkens" seien und "eine Allianz" mit UmweltschützerInnen bildeten (BUND/Misereor 1996). Die Logik hinter solchen idealistischen Vorstellungen ist bekannt: Während die Kosten der Umweltkrise weiterhin vergesellschaftet werden, werden die Profite der Umweltkrise privat angesammelt.

In den Vorstellungen des Wuppertal-Instituts soll die Effizienzrevolution - besonders schlau - gekoppelt werden mit einer Suffizienzrevolution. Suffizienz heißt "genug haben", "ausreichend finden", "mit weniger zufrieden sein". Das Konzept des Wuppertal-Instituts geht davon aus, daß eine bloße Effizienzsteigerung nicht ausreicht, um die globalen Zielzahlen zu erreichen, sondern gleichzeitig auch Konsum und Ansprüche gesenkt bzw. mit weni-

ger Leistungen und Waren zufriedengestellt werden müssen. "Gut leben statt viel haben" heißt der dafür aus der Taufe gehobene Werbeslogan.

Für die Verringerung der Stoffströme und die Umsetzung von Ökosteuern wird ein breiter gesellschaftlicher Konsens benötigt. Zur Herstellung dieses Konsenses kreiert das Wuppertal-Institut sogenannte Leitbilder, die den postmodernen, ökologischen Wertewandel umreißen sollen. Der durch "aufgeklärten Eigennutz" motivierte Konsument des zukunftsfähigen Deutschland hat demnach "Lust auf Langsamkeit" und bevorzugt die "Eleganz der Einfachheit". Fortschrittliche UnternehmerInnen sollen den Wandel herbeiführen, VerbraucherInnen freuen sich schon darauf, und politische Steuerungsinstrumente, die "ökologischen Leitplanken", sollen den Umbau lediglich flankieren. Die zukunftsfähige Gesellschaft des Wuppertal-Instituts hat das erregende Flair einer Reihenhaussiedlung: Fügsamkeit und Genügsamkeit, Harmoniekleisterei und eine Ordnung der neuen Öko-Spießigkeit. Mutti "gestaltet mit Liebe die Mahlzeiten". Vati fühlt sich als kleiner "Mitautor einer Epochenwende", wenn er an den nachhaltigen Konsumgütern "ihre Gediegenheit, ja die Aura, die sie ausstrahlen", schätzt. Sie kaufen "ökologisch produzierte Waren aus armen Ländern des Südens", durch einen "blauen Engel" gekennzeichnet, und helfen der Dritten Welt durch die Lieferung von "Kompostierungstoiletten", damit diese sich nicht "wehrt", mit ihren bekannten Mitteln "vom Terrorismus bis zur Migration" (alle Zitate aus: BUND/Misereor 1996).

Mit den Leitbildern stehen wir mitten in der Morphing-Zone. Sie saugen viele Versatzstücke aus dem Diskurs der neuen sozialen Bewegungen und der modernisierungskritischen Bewegungen des "Südens" auf und verwandeln sie in eine Ethik des gehorsamen Anspruchsverzichts. Sie benutzen Anfangsbilder, die einer oberflächlichen Kapitalismuskritik (alles wird kälter, mechanischer verwirrender) entstammen, und morphen sie zu einem Endbild, in dem die alte Herrschaftsmaschine innen mit Kinderbildern von Sonnenblumen und Bauernhöfen tapeziert wird.

In der Morphing-Zone herrscht denn auch viel falsche Freude. Der Diskurs wird teilweise gar als "Durchbruch" für die Anliegen der sozialen Bewegungen verkauft, deren Sichtweisen sich jetzt bis in die Regierungsberichte zur Ökologie und die Geschäftsberichte der Konzerne nachweisen ließen. Die Freude darüber ist vergleichbar mit der Begeisterung dafür, daß ein Kuchen auch Rosinen enthält. Er sieht aber nicht aus wie eine Rosine, und wird es auch nie, selbst wenn der Rosinenanteil noch gesteigert wird.

"Zukunftsfähiges Deutschland" ist vielleicht das beste Beispiel des Nachhaltigkeitsdiskurses für dessen "Vergessen" der Herrschaftsdimension. Der Diskurs hat sich geradlinig zur "Ökofalle" (Spehr 1996) gemorpht, die darin besteht, Natur und Herrschaft getrennt voneinander zu sehen, die ökologischen Verhältnisse von den Herrschaftsverhältnissen abzuspalten. In der Welt des Wuppertal-Instituts gibt es nur Gewinner, und alle haben letztendlich das gleiche Ziel. Es ist zwar noch viel Unvernunft in der Welt, aber zukünftig fast über all Konsens und nur wenig Konflikt. Die "Ökofalle" ä-

Bert sich auch darin, in der Ökologie an sich etwas Positives zu sehen. Was nützt uns aber eine ökologische und nachhaltige Gesellschaft, die sich trotzdem nach rassistischen und sexistischen Kriterien strukturiert? Wer ein Papiervorlegt, in dem steht, die Welt müsse um 300 % gerechter werden, ernetzt Gelächter. Wer schreibt, die Gesellschaft müsse um einen Faktor 10 ökologischer werden, dem wird raunendes Nicken zuteil. Daß zum "Wohle der Gesamtmenschheit" das soziale Anspruchsniveau in den Industrieländern zurückgedreht wird, die Ansprüche der "Entwicklungsländer" auf das Lebensniveau der Industrieländer abgeschmettert werden und die größten Böcke zu zukunftsfähigen Gärtnern gemacht werden, steht erst im Kleingedruckten.

III. Jenseits von Entwicklung

Ein Großteil der Faszination, die der Nachhaltigkeitsdiskurs auch im linken Lager ausübt, gründet sich auf seinen Ruf, ein Gegendiskurs zu "Globalisierung" zu sein. Dies ist jedoch ein Irrtum. Nachhaltigkeit ist kein Rivale der Globalisierung, sondern ihr Partner. Beide sind Teil eines umfassenden Diskurswechsels, der das politische Terrain nach dem Zusammenbruch des Entwicklungsdiskurses neu organisiert.

"Entwicklung" war der programmatische Diskurs der Nachkriegsordnung. In ihm artikulierte sich nicht nur der US-amerikanische Führungsanspruch, sondern ebenso der Anspruch der jungen Staaten der Dritten Welt auf ökonomische Fortschritte und politische Gleichberechtigung. "Entwicklung" verknüpfte Industrialisierung und Emanzipation: Eine ökonomische Entwicklung nach dem Vorbild der industrialisierten Länder galt für alle Staaten der Welt als erreichbar und gleichzeitig als der Königsweg zu gesellschaftlicher Veränderung und Überwindung alter Abhängigkeiten - sowohl zwischen Nord und Süd, als auch innerhalb der nationalen Gesellschaften. "Entwicklung" war ein Diskurs, mit dem Konzerne des Nordens ebenso wie Generäle des Südens ihren Führungsanspruch behaupteten. Aber es war auch ein visionärer Diskurs, der die steigenden Ansprüche der ehemals Kolonisierten und die Entschlossenheit der Erniedrigten und Beleidigten, die Welt zu ändern, aufgriff, weil an ihnen nicht mehr vorbeizukommen war.

"Entwicklung" war ein Paradigma. Paradigmen sind die zentralen Endbilder, um die sich ein Diskurs gruppiert und denen er alles angleicht, was in ihn hineingerät. Sie sind die ruhenden Pole im ständigen Gestaltwandel des Diskurses, das Bewegungslose im Bewegten, das Auge des Sturms in Innern der Morphing Zone. Paradigmen sind Bilder für die Hauptaussagen, die einen Diskurs ausmachen. In der Ära des Entwicklungsdiskurses morphete jeder Konflikt, jede Auseinandersetzung, jeder Mißstand zu einem "Entwicklungsproblem" - bei Rechten wie bei Linken, bei KapitalistInnen und SozialistInnen, in Managementphilosophien und in Befreiungstheologien.

An den Paradigmen läßt sich sehen, daß Diskurse nicht ewig leben. In der Geschichte der Wissenschaft lösen immer wieder neue Paradigmen alte ab.

Das neue Paradigma wird nicht aus dem alten logisch abgeleitet, sondern ersetzt es aufgrund größerer Zweckmäßigkeit. Altes und neues Paradigma existieren oft längere Zeit neben einander her, aber der Erklärungsbereich des älteren schrumpft und der Erklärungsbereich des neuen Paradigmas wächst. Das neue Paradigma wird nicht eigentlich bewiesen - es setzt sich durch, weil das alte Paradigma uninteressant wird, während das neue ein Sehmuster zur Verfügung stellt, das plötzlich überall wahrzunehmen scheint - so, wie frau plötzlich überall Kinderwagen sieht, wenn sie schwanger ist.

Ein Paradigma wird nicht widerlegt, so wie der ganze Diskurs nicht widerlegbar ist. Ein Diskurs altert und seine Paradigmen sterben. Der Diskurs altert, weil es ihm immer schwerer fällt, sich die veränderten Rahmenbedingungen einzuverleiben, weil der Prozeß des Morphens immer aufwendiger und komplizierter wird. Der Diskurs mitsamt seinen Paradigmen stirbt schließlich, weil die Konstellation gesellschaftlicher Kräfte, die ein widersprüchliches, aber gemeinsames Interesse an diesem Diskurs und an der bindenden Kraft seiner Paradigmen hat, zerfällt oder erlahmt. In den Kommissionen und Organisationen der UN zeigte sich die Aushöhlung des Entwicklungsparadigmas seit Mitte der 70er Jahre, obwohl "Entwicklung" weiter in Gebrauch blieb. Das Paradigma der Nachhaltigkeit trat auf den Plan und wurde zuerst in der Zwitterbezeichnung "nachhaltige Entwicklung" eingeführt oder unter der Überschrift "Umwelt und Entwicklung" gehandelt. Die endgültige Ablösung des Entwicklungsparadigmas vollzog sich dann relativ abrupt zwischen 1989 und 1992: der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten; die Proklamation der "neuen Weltordnung", vor geführt durch den Golfkrieg der USA gegen den Irak; und die UN-Konferenz über "Umwelt und Entwicklung" in Rio.

Der Entwicklungsdiskurs stürzte ab, weil die hochindustrialisierten Staaten den ehemals Kolonisierten nicht mehr versprechen konnten, wollten und mußten, daß alle so werden könnten wie sie selbst. Die "Grenzen des Wachstums", das Ende der "Systemkonkurrenz", die neue "Ressourcenkonkurrenz" zwischen Nord und Süd ließen die hochindustrialisierten Staaten vom Entwicklungsdiskurs abrücken. Genauso hatten sich aber auch die Staaten der Dritten Welt, ein Großteil der sozialen Bewegungen und eine Reihe von Emanzipationskämpfen vom Entwicklungsdiskurs verabschiedet: Sie proklamierten kulturelle Differenz, leisteten Widerstand gegen eine Vielzahl von "Entwicklungsprojekten" und lehnten den Vorbildcharakter der nördlichen Staaten, der "westlich" orientierten Gesellschaften oder des entwicklungsorientierten innergesellschaftlichen Blocks ab. "Entwicklung" hatte immer weniger Bedeutung für die Auseinandersetzungen, die jetzt zu führen waren.

Nachhaltigkeit, Globalisierung und Zivilgesellschaft sind die drei mächtigsten Paradigmen, die sich gemeinsam die Nachfolge des Entwicklungsbegriffs teilen, wobei der letzte der drei Begriffe (noch) mit einem mystifizierten Kulturbegriff rivalisieren muß. Die Gemeinsamkeiten der neuen Paradigmen weisen sie als verschiedene Aspekte des gleichen Diskurses aus. Ihre Programmatik geht nicht von Ansprüchen und Perspektiven für Individuen

oder Gruppen aus, denen etwas Konkretes verheißen würde. Vielmehr skizzieren sie ein Ordnungsprogramm auf globaler Ebene, das vorhandene Ansprüche beschränkt. Sie tolerieren soziale und weltweite Ungleichheit. Der Bezugsrahmen sind Notwendigkeiten für die Weltbevölkerung als Ganzes: ökologische Überlebensdiktate, ökonomische Unausweichlichkeiten, eskalationsvermeidende Strukturen für Konflikte. Sie ersetzen die dynamische Geste des Entwicklungsdiskurses durch eine eigentümliche Statik, durch das "Ende der Geschichte" (Fukuyama 1989): Gesellschaftliche Gestaltung vollzieht äußere Notwendigkeiten nach, sie dient weder der Befreiung noch der Gleichheit, höchstens der wirtschaftlichen Prosperität an sich. Sie ersetzen Marx wieder durch Hegel: den Menschen als Subjekt der Geschichte durch dessen Unterordnung unter den objektiven Weltgeist.

Die drei Paradigmen sind eng miteinander verklammert. "Globalisierung" hat einen hohen ökologischen und ökonomischen Preis. Nachhaltigkeit ist der Weg, ihn bezahlbar und moralisch durchsetzbar zu machen. Globalisierung setzt soziale Strukturen und nationale Gesellschaften einem Druck aus, der Zerstörungen und Auflösungserscheinungen hervorruft. Zivilgesellschaft ist der Weg, den Protest gegen die Zerstörung zu kanalisieren und zu spalten.

Der von der Red. stark gekürzte Beitrag erschien zuerst in: Andreas Foitzik/ Athanasios Marvakis (Hg.) 1997, Tarzan - was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche, Hamburg

Quelle:

Christoph Spehr/Armin Stickler: "Morphing Zone - Nachhaltigkeit und postmodernes Ordnungsdenken". In: Andreas Foitzik/Athanasios Marvakis (Hg): Tarzan - was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche, Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg, 1997, S. 211-226

Literatur:

BUND/Misereor 1996: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel u.a.

Eblinghaus, Helga/Armin Stickler 1996: Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development, Frankfurt a.M.

Foucault, Michel 1977: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a.M.

Fukuyama, Francis 1989: The End of History~ In: The National Interest, H. 16

Hall, Stuart 1994: Der Westen und der Rest. Diskurs und Macht. In: ders., Rassismus und kulturelle Identität, Hamburg

Hauff, Volker (Hg.) 1987: Unsere gemeinsame Zukunft, Greven

Maxeiner, Dirk/Michael Miersch 1996: Öko-Optimismus, Düsseldorf

Sachs, Wolfgang 1995: Nachhaltige Entwicklung. Zur politischen Analyse eines Schlagwortes. In: DGB-Bildungswerk Materialien, H. 32, Düsseldorf

Spehr, Christoph 1996: Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise, Wien

Weizsäcker, E. U. von/ Lovins, A. B. und L. H. 1995: Faktor Vier. Doppelter Wohlstand - halbiertes Verbrauch, München

Was ist der Green New Deal?

Die folgenden Originaltexte geben einen Ausschnitt davon wieder, was derzeit von verschiedenen Akteuren unter dem Titel „Green New Deal“ verhandelt wird.

I UK: New Economic Foundation u.a. UK needs ‘Green New Deal’ to tackle ‘triple crunch’ of credit, oil price and climate crises

(http://www.neweconomics.org/gen/z_sys_publicationdetail.aspx?pid=258)

On the first anniversary of Northern Rock falsely reassuring markets, and 75 years since President Roosevelt launched a New Deal to rescue the US from financial crisis, a new group of experts in finance, energy and the environment have come together to propose a ‘Green New Deal’ for the UK.

And, as the Green New Deal Group launch their proposals, new analysis suggests that from the end of July 2008 there is only 100 months, or less, to stabilise concentrations of greenhouse gases in the atmosphere before we hit a potential point of no return.

The Green New Deal is a response to the credit crunch and wider energy and food crises, and to the lack of comprehensive, joined-up action from politicians. It calls for:

- Massive investment in renewable energy and wider environmental transformation in the UK, leading to,
- The creation of thousands of new green collar jobs
- Reining in reckless aspects of the finance sector - but making low-cost capital available to fund the UK’s green economic shift
- Building a new alliance between environmentalists, industry, agriculture, and unions to put the interests of the real economy ahead of those of footloose finance

The global economy is facing a ‘triple crunch’: a combination of a credit-fuelled financial crisis, accelerating climate change and soaring energy prices underpinned by encroaching peak oil. It is increasingly clear that these three overlapping events threaten to develop into a perfect storm, the like of which has not been seen since the Great Depression, with potentially devastating consequences.

As in past times of crises, disparate groups have come together to propose a new solution to an epochal challenge. The Green New Deal Group, drawing inspiration from the tone of President Roosevelt’s comprehensive response to the Great Depression, propose a modernised version, a ‘Green New Deal’ designed to power a renewables revolution, create thousands of green-collar jobs and rein in the distorting power of the finance sector while making more low-cost capital available for pressing priorities.

Seventy-five years ago, Roosevelt's courageous programme was implemented in an unprecedented '100-days of lawmaking'. And, as the Green New Deal Group launch their proposals, new analysis suggests that from the end of July 2008 there is only 100 months, or less, to stabilise concentrations of greenhouse gases in the atmosphere before we hit a potential point of no return. This is the moment when the likelihood of irreversible changes in the climate becomes unacceptably high.

The most serious global crisis since the Great Depression calls for serious reform the like of which has not, yet, been considered by politicians. This entails re-regulating finance and taxation plus a huge transformational programme aimed at substantially reducing the use of fossil fuels and, in the process, tackling the unemployment and decline in demand caused by the credit crunch. It involves policies and new funding mechanisms that will reduce emissions and allow us to cope better with the coming energy shortages caused by peak oil.

International in outlook, the Green New Deal requires action at local, national, regional and global levels. Focusing first on the specific needs of the UK, the Green New Deal outlines an interlocking programme of action that will require an ambitious legislative programme backed by a bold new alliance of industry, agriculture, labour and environmentalists.

In the midst of unfolding global crises, as Parliament rises on 22 July, the Green New Deal Group challenges government to go away, do its homework, and come back in the Autumn with a comprehensive legislative programme equivalent to that implemented by Roosevelt 75 years ago - a 'Green New Deal'.

Proposal's set out in the Group's report include:

- Executing a bold new vision for a low-carbon energy system that will include making 'every building a power station'.
- Creating and training a 'carbon army' of workers to provide the human resources for a vast environmental reconstruction programme.
- Establishing an Oil Legacy Fund, paid for by a windfall tax on the profits of oil and gas companies as part of a wide-ranging package of financial innovations and incentives to assemble the tens of billions of pounds that need to be spent. These would also include Local Authority green bonds, green gilts and green family savings bonds. The monies raised would help deal with the effects of climate change and smooth the transition to a low-carbon economy.
- Ensuring more realistic fossil fuel prices that include the cost to the environment, and that are high enough to tackle climate change by creating economic incentives to drive efficiency and bring alternative fuels to market. This will provide funding for the Green New Deal and safety nets to those vulnerable to higher prices via rapidly rising carbon taxes and revenue from carbon trading.
- Minimising corporate tax evasion by clamping down on tax havens and corporate financial reporting. A range of measures including deducting tax at source for all income paid to financial institutions in tax havens would provide much-needed sources of public finance at a

time when economic contraction is reducing conventional tax receipts.

- Re-regulating the domestic financial system. Inspired by reforms implemented in the 1930s, this would imply cutting interest rates across the board- including the reduction of the Bank of England's interest rate - and changes in debt-management policy to enable reductions in interest rates across all government borrowing. This is designed to help those borrowing to build a new energy and transport infrastructure. In parallel, to prevent inflation, we want to see much tighter regulation of the wider financial environment.
- Breaking up the discredited financial institutions that have needed so much public money to prop them up in the latest credit crunch. Large banking and finance groups should be forcibly demerged. Retail banking should be split from both corporate finance (merchant banking) and from securities dealing. The demerged units should then be split into smaller banks. Mega banks make mega mistakes that affect us all. Instead of institutions that are 'too big to fail', we need institutions that are small enough to fail without creating problems for depositors and the wider public.

The Green New Deal Group urges the UK Government to take action at the international level to help build the orderly, well-regulated and supportive policy and financial environment that is required to restore economic stability and nurture environmental sustainability, including:

- Allowing all nations far greater autonomy over domestic monetary policy (interest rates and money supply) and fiscal policy (government spending and taxation).
- Setting a formal international target for atmospheric greenhouse gas concentrations that keeps future temperature rises as far below 2°C as possible.
- Giving poorer countries the opportunity to escape poverty without fueling global warming by helping to finance massive investment in climate-change adaptation and renewable energy.

In this way the members of the Green New Deal Group believe we can begin to stabilise the current crisis, and lay the foundations for the emergence of a set of resilient low carbon economies, rich in jobs and based on independent sources of energy supply.

The Green New Deal will rekindle a vital sense of purpose, restoring public trust and refocusing the use of capital on public priorities and sustainability. In this way it can also help deliver a wide range of social benefits that can greatly improve quality of life in the future. There is also an immediate imperative to restore some faith that society can survive the dreadful threats it now faces as a result of the triple crunch.

Beyond that, the Group's members believe we can deliver a crucial national plan for a low-energy future and its provision on the ground. The absence of any such plan at present leaves the country very vulnerable.

The Green New Deal Group is, in alphabetical order:

Larry Elliott, Economics Editor of the Guardian,

Colin Hines, Co-Director of Finance for the Future, former head of Greenpeace International's Economics Unit,

Tony Juniper, former Director of Friends of the Earth,

Jeremy Leggett, founder and Chairman of Solarcentury and SolarAid,

Caroline Lucas, Green Party MEP,

Richard Murphy, Co-Director of Finance for the Future and Director, Tax Research LLP,

Ann Pettifor, former head of the Jubilee 2000 debt relief campaign, Campaign Director of Operation Noah,

Charles Secrett, Advisor on Sustainable Development, former Director of Friends of the Earth,

Andrew Simms, Policy Director, nef (the new economics foundation).

Online unter:

<http://www.neweconomics.org/gen/greennewdealneededforuk210708.aspx>

II United Nations Environmental Programme (UNEP)

"Global Green New Deal" - Environmentally-Focused Investment Historic Opportunity for 21st Century Prosperity and Job Generation

London/Nairobi, 22 October 2008 - Mobilizing and re-focusing the global economy towards investments in clean technologies and 'natural' infrastructure such as forests and soils is the best bet for real growth, combating climate change and triggering an employment boom in the 21st century.

The call was made today by the United Nations Environment Programme (UNEP) and leading economists as they launched the Green Economy Initiative aimed at seizing an historic opportunity to bring about tomorrow's economy today.

Achim Steiner, UN Under-Secretary General and UNEP Executive Director, said: "The financial, fuel and food crises of 2008 are in part a result of speculation and a failure of governments to intelligently manage and focus markets". "But they are also part of a wider market failure triggering ever deeper and disturbing losses of natural capital and nature-based assets coupled with an over-reliance of finite, often subsidized fossil fuels," he said.

"The flip side of the coin is the enormous economic, social and environmental benefits likely to arise from combating climate change and re-investing in natural infrastructure - benefits ranging from new green jobs in clean tech and clean energy businesses up to ones in sustainable agriculture and conservation-based enterprises," he added.

"Transformative ideas need to be discussed and transformative decisions taken. The alternative is more boom and bust cycles; a climate-stressed world

and a collapse of fish stocks and fertile soils up to forest ecosystems - vast, natural 'utilities' that for a fraction of the cost of machines store water and carbon, stabilize soils; sustain indigenous and rural livelihoods and harbor genetic resources to the value of trillions of dollars a year," said Mr Steiner. Hilary Benn, Secretary of State for the Department for Environment, Food and Rural Affairs, who held the launch, said, "The green technological revolution needs to gather pace, as more and more of the world's jobs will in future be in environmental industries. Britain is committed to building a green economy at home and abroad: it will be good for business good for the environment and good for development. UNEP's initiative will help make this change; in particular by helping us to understand just how much we depend on the environment - soil, air, water and biodiversity - for our very existence."

Current Economic Models: Short-Changing People and the Planet

Pavan Sukdhev, a senior banker from Deutsche Bank who is seconded to UNEP to lead the research, said: "The economic models of the 20th century are now hitting the limits of what is possible - possible in terms of delivering better livelihoods for the 2.6 billion people still living on less than \$2 a day and possible in terms of our ecological footprint".

"Investments will soon be pouring back into the global economy - the question is whether they go into the old, extractive, short-term economy of yesterday or a new green economy that will deal with multiple challenges while generating multiple economic opportunities for the poor and the well-off alike," he said.

The new report aims to help governments make better choices and send the right market signals to investors, entrepreneurs and consumers world-wide so "we move from mining the planet to managing and re-investing in it," said Mr Steiner. It highlighted the economic magnitude of "business - as-usual" losses, and drew strong links between ecosystem & biodiversity losses and the persistence of poverty. The Green Economy initiative has three pillars - valuing and mainstreaming nature's services into national and international accounts; employment generation through green jobs and the laying out the policies; instruments and market signals able to accelerate a transition to a Green Economy. The Green Economy Initiative will draw on the existing and considerable body of work generated by UNEP, the UN-system and others ranging from the impacts and opportunities of shifting fish, fuel and other subsidies up to innovative market mechanisms and financial products already triggering a transition.

In 18 to 24 months it should deliver for governments - North and South - a comprehensive assessment and tool kit for making the necessary transition.

Five Priority Sectors Underpinning a Global Green New Deal

The five sectors likely to generate the biggest transition in terms of economic returns; environmental sustainability and job creation are:-

- Clean energy and clean technologies including recycling
- Rural energy, including renewables and sustainable biomass

Sustainable agriculture, including organic agriculture

- Ecosystem Infrastructure
- Reduced Emissions from Deforestation and Forest Degradation (REDD)
- Sustainable cities including planning, transportation and green building

Online unter:

<http://www.unep.org/Documents.Multilingual/Default.asp?DocumentID=548&ArticleID=5957&l=en>

III Die GRÜNEN in Deutschland

Wichtige Punkte/Auszüge aus dem Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz 2008

Mit Grüner Marktwirtschaft gegen Markt- und Politikversagen

Nun gilt es, Lehren und politische Konsequenzen aus der Krise zu ziehen - auf globaler, europäischer und nationaler Ebene. Dabei stehen wir vor der Herausforderung, die Finanz-, Klima- und Nahrungsmittelkrise gemeinsam zu bewältigen. Die Begrenzung des Klimawandels und die Versorgung aller Menschen auf diesem Planeten mit reinem Wasser und gesunder Nahrung sind die gewaltigsten Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Alle drei Krisen sind das Ergebnis globalen Markt- und Politikversagens und erfordern korrigierende Eingriffe der Politik in bezug auf die Rahmenbedingungen und Standards, die für die Märkte gelten. Der Klimawandel schreitet immer schneller voran und die Zahl der Menschen, die von Hunger betroffen sind, hat erneut zugenommen, Spekulation mit Nahrungsmitteln hat durch die hohen Preisfluktuationen die Situation zusätzlich verschärft. Ohne einen tiefgreifenden ökologischen Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft lässt sich weder die Finanz-, noch die Klima- oder die Hungerkrise lösen.

Das Wirken der Finanzmärkte in den letzten Jahren war auch in den nicht krisenhaften Zeiten problematisch. Ebenso hat der Druck zur kurzfristigen Renditemaximierung soziale und ökologische Probleme massiv verstärkt. Nicht zuletzt haben die entfesselten Finanzmärkte die soziale Spaltung und die Konzentration von Vermögen enorm beschleunigt.

Für uns Grüne ist deshalb klar, dass sich die Konsequenzen aus der Krise nicht auf einige Detailänderungen an den bestehenden Regulierungsvorschriften oder auf eine Erhöhung der Transparenz und Verbesserung der Aufsicht beschränken können, so richtig diese Forderungen sind.

Es ist jetzt an der Zeit, einen effektiven Ordnungsrahmen für die globale Wirtschaft zu schaffen, der die Märkte in den Dienst sozialer und ökologischer Entwicklung stellt. Denn wir wissen dass wir für die Herausforde-

rungen des Klimawandels oder der Bekämpfung der globalen Armut auch auf die Dynamik und Innovationskraft funktionierender Märkte angewiesen sind. Die globalen Finanzmärkte müssen wieder auf ihren eigentlichen Zweck, die Finanzierung von Investitionen, die Bereitstellung von Liquidität und die Übernahme von Risiken zurückgeführt werden.

Krisenmanagement: Das Feuer löschen

Eine Stabilisierung des Bankensystems ist alternativlos. Aber das Wie ist entscheidend. Keinesfalls darf der Staat nur die faulen Wertpapiere aufkaufen und damit ohne Gegenleistung alle Risiken übernehmen. Es ist inakzeptabel, diese Kosten dauerhaft dem Bundeshaushalt aufzubürden und damit die Allgemeinheit die Rechnung der Zocker zahlen zu lassen. Dort wo staatliche Bürgschaften gestellt werden muss eine marktübliche Gebühr bezahlt werden, wo staatliches Geld fließt, muss eine entsprechende Verzinsung oder Beteiligung an künftigen Gewinnen gesichert sein. Hier ist die zeitweise Teil-Verstaatlichung von in Not geratenen Banken angebracht.

Grüner New Deal schafft Arbeitsplätze

Um die Folgen des Klimawandels in beherrschbaren Grenzen zu halten, brauchen wir jährliche globale Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe in Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Anpassung an die klimatischen Veränderungen.

Entwicklungsländer sind vom Klimawandel wie von der Finanzkrise besonders betroffen, obwohl sie beides nicht verursacht haben. Im Zuge der Finanzkrise droht ihnen eine Verminderung der zugesagten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit ebenso wie Kapitalflucht in die reicheren Staaten. Damit Schwellen- und Entwicklungsländer ihren Beitrag im Post-Kyoto Prozess leisten können, haben sie nach dem Verursacher- wie nach dem Solidarprinzip Anspruch auf Unterstützung der Industrieländer. Für uns Grüne hat dabei die Schaffung gerechter globaler Strukturen der Weltwirtschaft und des globalen Regierens Priorität.

Für ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm

Als Sofortmaßnahme fordern wir Grüne ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm, um die konjunkturellen Folgen der Finanzkrise zu mildern und den ökologischen Umbau zu beschleunigen. Das ist auch im Interesse stabiler Staatsfinanzen, weil ein stabilerer Konjunkturverlauf Steuerausfälle vermindert. Dagegen lehnen wir Konjunkturprogramme mit der Gießkanne entschieden ab. Staatliche Mehrausgaben und Steuererleichterungen zur Stabilisierung der Konjunktur dürfen nicht mit dem Füllhorn verteilt werden, sondern müssen auf Zukunftssektoren konzentriert werden....

Schwerpunkte Klima, Bildung, soziale Gerechtigkeit und kommunale Investitionen

Bretton Woods II: Für eine neue globale Finanzmarktverfassung

Ein weiterer Pfeiler unseres Grünen New Deal ist eine neue globale Finanzverfassung. Die Überreste des alten Bretton-Woods Systems sind heute in den Augen des globalen Südens tief diskreditiert. Schuld daran ist die lang-

jährige Politik des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die vielen Entwicklungsländer die neoliberale Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik aufgezwungen haben. Zudem weisen diese Institutionen ein enormes Demokratiedefizit auf. Die Weltbank und der IWF werden noch immer von den USA und der EU dominiert, die auch die Führung beider Institutionen stellen, während die Entwicklungs- und Schwellenländer völlig unterrepräsentiert sind. Ohne eine Änderung dieses Ungleichgewichts können Weltbank und IWF keine tragende Rolle für die notwendige neue Weltfinanzarchitektur übernehmen.

Rolle der Vereinten Nationen

Wir Grüne wollen eine neue Weltfinanzarchitektur, bei der die Vereinten Nationen eine aktive Rolle spielen. Wir wollen dazu den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen als zentrales und von der Völkergemeinschaft insgesamt legitimiertes Organ aufwerten. Die G8 muss in diesem Prozess aufgelöst werden, weil ohne die Beteiligung von Schwellen- und Entwicklungsländer globale Probleme nicht mehr lösbar sind. Langfristig wollen wir die zentralen Institutionen globaler Koordination und Regulierung unter das Dach der Vereinten Nationen bringen. Wir wollen einen globalen Ordnungsrahmen für den Weltmarkt, der ökologische und soziale Grundstandards für alle verbindlich festlegt.

Solidarische Ökonomie im Finanzmarkt stärken

Angesichts der Probleme, die bei staatlichen Banken deutlich geworden sind, und dem dramatischen Scheitern mancher Privatbank, sollte der genossenschaftlich organisierte Teil des Bankensystems wieder stärker in den Blick genommen werden. Regional verankerte und ethischem Investment verpflichtete Genossenschaftsbanken, bei denen die Kunden die Geschäftspolitik mitbestimmen und Verantwortung auch für die Entwicklung der Region übernehmen, bieten eine Voraussetzung dafür, dass die grünen Finanzmarktziele Stabilität, Verbraucherorientierung und Nachhaltigkeit umgesetzt werden.

Weitere Forderungen:

- Kreditversorgung für Realwirtschaft sichern
- Grüner New Deal umfasst neue Handelspolitik
- Für eine europäische Wirtschaftsregierung
- Einfache Regeln für alle Finanzmarktakteure
- Steueroasen austrocknen
- Finanzprodukte prüfen
- Die Finanzmarktaufsicht in Deutschland stärken
- Finanzmärkte fair (be)steuern
- Besteuerung von Vermögen
- Öffentlichen Bankensektor stärken und weiterentwickeln!
- Den Krisen vorbeugen - Die Märkte entflechten und dezentralisieren
- Verbraucherschutz auf Finanzmärkten für mehr Vertrauen

- **Maßnahmenpaket für SchuldnerInnen und PrivatanlegerInnen**
- **Betriebsräte stärken**
- **Managervergütung neu regeln**

Online unter

http://www.gruene-partei.de/cms/default/dokbin/258/258004.gruener_new_deal.pdf

Das Märchen: Überlegungen zum Green New Deal im Angesicht der (grünen) Krise

von Tazio Müller und Alexis Passadakis

Im Gebälk des globalen Kapitalismus kriselt es. Es gibt so viele verschiedene Krisentendenzen, dass Verweise auf "die Krise" oft mit der Frage beantwortet werden: "Welche denn?" Meist meint jemand die Krise, die ihr Dasein zwar als "Finanzkrise" begann, schon bald aber, volljährig geworden, sich "Weltwirtschaftskrise" nennen durfte. Es könnte sich aber auch um die "Energiekrise" handeln, die für nicht wenige Menschen auf der Welt direkter spürbar ist als die Krise der Weltwirtschaft. Oder um die Klimakrise, welche selbst wieder nur ein Ausdruck der weiteren "Biokrise" ist, Folge einer selbstmörderischen Diskrepanz zwischen dem ökologischen Lebenserhaltungssystem, welches unser Überleben sichert, und dem Bedarf des Kapitals, ständig wachsen zu müssen. Dazu kommt - zugegebenermaßen nicht von äquivalenten welthistorischen Dimensionen, aber in diesem Zusammenhang nicht irrelevant - eine Krisentendenz ganz anderer Art, nämlich die strukturelle Krise grüner Parteien: jetzt, wo alle Welt grün wird (Merkel ist schon lange Klimakanzlerin, Obama goes green und sogar die britischen Konservativen haben einen grünen Baum zu ihrem neuen Parteisymbol erklärt), schien es keine Existenzberechtigung für die Parteien zu geben. Auftrag erledigt, einpacken?

Jetzt aber haben grüne StrategInnen ein neues, potenziell hegemoniefähiges Projekt entdeckt: Ein Projekt, mit dem sie nicht - wie zu Anfang ihres politischen Weges - am progressiven Rande des politischen Systems stehen, sondern ganz in seinem neuerdings scheinbar vom neoliberalen Packeis befreiten Zentrum: den Green New Deal (GND), zuerst als solcher formuliert in einer Studie der britischen New Economics Foundation, an der Caroline Lucas, Vorsitzende der europäischen Grünen Partei, beteiligt war. Dieses öko-keynesianische Wunderkind verspricht, mit einem Policy-Mix aus Finanzmarktregulierung plus Investitionen in erneuerbare Energien die Weltwirtschafts-, die Energie- und die Klimakrise mit einem Streich zu bewältigen. Rasch avancierte das Konzept zur neuen Doktrin grüner Parteien, denn durch die Hintertür bot es ja auch noch die Lösung der vierten oben genannten Krise an.

Bei genauerem Hinschauen stellt sich aber heraus, dass der auf den ersten Blick so schöne Vorschlag auf zwei intellektuellen Taschenspielertricks beruht. Das Ziel ist es, die strukturellen Widersprüche des Kapitalismus auszublenden, um mal wieder das alte Märchen von einem Kapitalismus erzählen zu können, in dem alle - AusbeuterInnen und Ausgebeutete, "Mensch" und "Natur", Fuchs und Hase - friedlich miteinander koexistieren können.

1 Kapitalismus und Ökologie: der Widerspruch bleibt

Zum ersten Trick: nicht der industrielle Kapitalismus oder gar der Kapitalismus im Allgemeinen wird für die gegenwärtige Biokrise verantwortlich gemacht, sondern der neoliberale Finanzmarktkapitalismus. Für alle, die sich jemals mit der historischen Genese des Klimawandels beschäftigt haben, ist offensichtlich, dass die Geschichte des menschengemachten Klimawandels identisch ist mit derjenigen des industriellen Kapitalismus, also mit der eines Wirtschaftssystems, dessen einziges "Ziel" die ständige Akkumulation, das ständige Wachstum ist.

Schon lange vor dem Neoliberalismus schrieb Marx schließlich über die Logik des Kapitalismus: "Akkumuliert! Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten." Auch Karl Polanyi schrieb in den 1940ern darüber, dass Gesellschaften sich vor den ökologisch zerstörerischen Tendenzen des Kapitalismus schützen müssten. Trotzdem sind sich die neuen Propheten des GND intellektuell nicht zu schade, zu behaupten, dass sowohl die Energiekrise (Peak Oil) als auch die Klimakrise dem neoliberalen Globalisierungsmodell entspringen. Das historische Gedächtnis ist offensichtlich kurz. Vergessen sind nicht nur die sozialen Verwerfungen des Fordismus - davon, dass es sich dabei nicht um ein allgemein goldenes Zeitalter handelte, zeugten nicht zuletzt die Vielzahl von sozialen Bewegungen, die zu seinem Zusammenbruch beitrugen. Vergessen sind auch seine ökologisch desaströsen Konsequenzen: ignoriert wird die Tatsache, dass es die fordistisch-keynesianische Massenproduktion und -konsumption war, welche den kapitalistischen Industrialismus erst "radikalisierte". Ohrenbetäubend, wie sich Meadows, Herausgeberin der 1972er Studie "The limits to growth" des Club of Rome, dabei im Grabe herum dreht. Tatsächlich entstand die Ökologiebewegung, vermutlich politischer Sozialisierungsboden derjenigen, die jetzt den Gospel des GND verbreiten, nicht als Reaktion auf den Neoliberalismus, denn sie ist älter als jener, sondern gegen Ende des Fordismus. Der Versuch, eine harmonische Beziehung zwischen Kapitalakkumulation und "der Natur" zu konstruieren, ist nichts Neues: zwar gab es durchaus breit wahrgenommene "grüne" politische Konzeptionen mit emanzipatorischem oder antikapitalistischem Gehalt, spätestens mit der Epochenwende von 1989 brachen die meisten Diskussionen aber abrupt ab, die auf eine tief greifende industrielle Konversion der Ökonomie jenseits des Marktes zielten (Öko-Sozialismus). Die großen UN-Konferenzen der 1990er Jahre, insbesondere die Rio-Konferenz von 1992, fassten die Frage des Metabolismus von Mensch und Natur unter dem Stichwort "Nachhaltigkeit" zusammen. Die systemischen Eigenschaften der kapitalistischen Ökonomie - Profit, Privateigentum, Wachstum - erschienen damit nicht mehr als strukturelle Gefahr für das Überleben von Natur und Menschen. Stattdessen ging es darum, quasi-korporatistische Kompromisse zwischen den Ansprüchen von Unternehmen und AkteurInnen, die sich für ökologische Belange engagierten, zu finden. Das Ergebnis sollten Leitplanken und Standards sein, die elegant den Weg nicht in eine andere, aber doch bessere Zukunft lenken sollten. Wir erinnern uns: das Ende der Geschichte war gekommen, einige Verbesserungen aber weiterhin gestattet. Ökologische Fragen waren zu "Umweltpolitik" geworden, die als Teilbereichspolitik zivilgesellschaftlicher AkteurInnen und in kleinen Ministerien ihren Platz hatte, ohne eine grundsätzlich andere Gesellschaft sug-

gerieren zu wollen und zu können. Dementsprechend wurden die Regeln der jeweils aktuellen politischen Ökonomie zur Basis des Öko-Geschäfts: Liberalisierung, Privatisierung, Marktanreize.

2 "It's economic growth, stupid!"

Und heute? Angesichts der Tatsache, dass die Weltwirtschaftskrise viel mehr ist als nur eine Liquiditäts- oder Bankenkrise, sondern unter anderem darauf basiert, dass das akut überakkumulierte Kapital nicht profitabel in neue Wachstumsmärkte investiert werden kann, müssen neue Wachstumsmöglichkeiten gefunden werden. Und hier wird der "grüne Kapitalismus" interessant, weil er verspricht, eine neue Wachstumsdynamik auszulösen. Grüne Infrastruktur, grüne Autos, grüne Häuser, die Aufzählung müsste niemals aufhören. Hier liegen scheinbar riesige Produktivitäts- und Profitreserven, die nur darauf warten, von neuen grünen KapitalistInnen aufgetan zu werden. Obwohl es berechtigte Bedenken darüber gibt, ob ein "grüner Kapitalismus" tatsächlich in der Lage wäre, ausreichend Kapital zu verwerten, um den Kapitalismus wieder zu stabilisieren, ist es also durchaus denkbar, dass der GND das Kapital retten kann. Kann er aber auch die Biokrise lösen? Letztlich bleiben im GND die strukturellen Widersprüche zwischen profitgetriebener potenziell grenzenloser Kapitalakkumulation und unserem kollektiven (aber natürlich immer ungleichen) Überleben in relativ stabilen Ökosystemen im GND außen vor.

Bill Clintons alter Slogan, "It's the economy, stupid!", sollte also erweitert werden: "It's economic growth, stupid!" Des kapitalistischen Pudels Kern ist das Wachstum und genau darum geht es im GND, um eine Neuauflage der Geschichte vom Kapitalismus, der ewig weiterwachsen kann, ohne unsere Lebensgrundlagen zu untergraben. Tatsächliche, wirklich klimaschutzrelevante CO₂-Reduktionen hat es in den letzten 30 Jahren nur einmal gegeben: nicht ausgelöst dadurch, dass der Anteil erneuerbarer Energien im Energiemix erhöht wurde; nicht ausgelöst durch neue Emissionshandelssysteme; sondern ausgelöst durch den Zusammenbruch der wachstumsfixierten, staatskapitalistischen Wirtschaften des Ostblocks. Das heißt natürlich nicht, dass wir ein unkontrolliertes Zusammenbrechen der Weltwirtschaft, mit all den sozialen Verwerfungen, die dies mit sich bringen würde, als Ziel ansehen - nur, dass jeder Versuch, die Biokrise zu lösen, nicht ohne einen Angriff auf den kapitalistischen Wachstumsimperativ funktionieren kann. Der zweite Taschenspielertrick ist etwas schwieriger zu erkennen, aber ebenso wichtig für das Harmonie-Projekt des GND: der ursprüngliche New Deal, der viel dazu beitrug, die USA aus der Depression der 1930er Jahre des letzten Jahrhunderts herauszuführen, wird als ein von oben herab erdachtes, technokratisches Abkommen zwischen dem "Genie" John Maynard Keynes und dem Macher F.D. Roosevelt dargestellt. Tatsächlich wurden die sozial-progressiven Elemente der US-Regierung durch starke Arbeitslosenbewegungen und z.T. blutig niedergeschlagene Massenstreiks durchgesetzt. Der New Deal war also zumindest teilweise progressiv und emanzipatorisch, weil er von starkensozialen Bewegungen erzwungen wurde. Der GND aber ignoriert soziale Kräfteverhältnisse und die Tatsache, dass die internen Widersprüche des Kapitalismus irgendwie bearbeitet werden müssen. Wurden

die Kosten im Fordismus - vereinfacht gesagt - insbesondere auf die Natur und den (kolonisierten) Süden abgewälzt, wohingegen die ArbeiterInnen im Norden einen besseren Lebensstandard gewannen, gerieten im Finanzmarktkapitalismus auch die Beschäftigten in den Metropolen unter Druck. Unter einem grünen Deal soll es nun allen gut gehen. Verräterisch an den vorliegenden Konzepten ist jedoch genau dieser Punkt. Während Roosevelts New Deal in sozialdemokratischer Manier tatsächlich soziale Errungenschaften umfasste, ist die soziale Frage bei den bisher vorliegenden Vorschlägen des GND eine vielsagende Leerstelle. Es geht um mehr Jobs, aber 30-Stunden-Woche, höhere Löhne usw. fehlen. Es liegt also nahe, wer die Zechen zahlt, denn ein auf Massenproduktion beruhender, hoch profitabler Wirtschaftsboom bei gleichzeitiger ökologischer Neutralität ist nicht wirklich denkbar.

3 Green New Deal und die "soziale Frage"

Ein Green New Deal, der technokratisch und von sozialen Bewegungen abgekoppelt implementiert wird, wird eben das sein: technokratisch. Darüber hinaus unter Umständen autoritär, denn ohne eine starke ArbeiterInnenbewegung, die hohe Löhne erzwingen kann, werden diese niedrig bleiben, während Lebenshaltungskosten (vor allem Energie- und Nahrungsmittelpreise) steigen werden. Niedrige Löhne bei steigenden Kosten heißt mehr Armut und Unzufriedenheit, heißt mehr soziale Unruhe, heißt mehr staatliche Repression. Und eine derartige autoritäre Politik lässt sich viel leichter im Zeichen des Schutzes "der Natur" machen als im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus. Zuletzt ist es kein Zufall, dass der New Deal in den USA die Geburtsstunde der "imperialen Präsidentschaft" (imperial presidency) ist, deren Konsequenzen die ganze zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts und bis heute das politische System der USA dominieren. Der autoritäre Charakter des Projektes New Deal wird nicht problematisiert. Im Gegenteil: viele AnhängerInnen des GND garnieren ihre Ausführungen mit Anekdoten aus der kriegswirtschaftlichen Phase der Roosevelt-Präsidentschaft. Es lässt nichts Gutes ahnen, wenn der Versuch, Wachstum und Ökologie miteinander in Einklang zu bringen, solch autoritärer Metaphorik bedarf.

aus: ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 536 / 20.2.2009, S. 13

Die Versicherheitlichung des Klimawandels

Wie Brüssel die Erderwärmung für die Militarisierung der Europäischen Union instrumentalisiert

von Jürgen Wagner

Seit einiger Zeit reden nicht allein nur Umweltschützer über das Wetter bzw. das Klima, mittlerweile haben auch Politiker und seit neuem auch Militärs das Thema für sich entdeckt. So beschäftigte sich der UN-Sicherheitsrat im April 2007 erstmals mit den „Auswirkungen des Klimawandels auf den Frieden und die Sicherheit.“¹

Selbst in den Vereinigten Staaten, wo eigentlich versucht wird, das Phänomen grundsätzlich zu verleugnen, fordern mittlerweile prominent besetzte Kommissionen, die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels stärker zu beachten.²

Inzwischen verpflichtete der US-Kongress die Regierung sogar darauf, den Auswirkungen der Erderwärmung in allen relevanten Sicherheitsdokumenten eine hohe Priorität einzuräumen.³

Demgegenüber hatte die Europäische Union das hier brachliegende „Potential“ lange nicht erkannt. In der Europäischen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 wurde der Klimawandel „nur beiläufig erwähnt.“⁴

Dies soll sich nun ändern. Schon im Juni 2007 wurden der EU-Außenbeauftragte Javier Solana und die EU-Kommission angewiesen, einen Bericht zu den sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels anzufertigen. Am 14. März 2008 wurden die Ergebnisse unter dem Titel „Klimawandel und internationale Sicherheit“ veröffentlicht (fortan als EU-Klimastrategie zitiert) und am selben Tag vom Rat der Europäischen Union gebilligt.⁵

Bis Juni soll ein weiterer Zwischenbericht erarbeitet und Ende 2008 ein abschließendes Strategiepapier zum Thema fertig gestellt werden. Die EU-Klimastrategie ist einerseits von großem Interesse, weil ihre Ergebnisse mit hoher Wahrscheinlichkeit in die für dieses Jahr geplante Überarbeitung der Europäischen Sicherheitsstrategie einfließen werden. Andererseits wird der Themenkomplex auf extrem einseitige, eurozentristische Weise abgehandelt. Ein Problem stellen die Folgen des Klimawandels, die vor allem die Menschen in den ärmsten Regionen der Welt am härtesten treffen werden, erst dann dar, wenn durch sie die europäische Sicherheit und europäische Interessen gefährdet werden. Obwohl im EU-Dokument eingeräumt wird, dass durch den Klimawandel die weltweite Armut und damit auch hieraus resultierende Gewaltkonflikte zunehmen werden, wird kein Vorschlag unterbreitet, wie den hierfür verantwortlichen sozialen Ursachen effektiv entgegen gewirkt werden könnte. Stattdessen wird lediglich der Ausbau militärischer „Krisenmanagementfähigkeiten“ gefordert.⁶

Wie so häufig werden damit militärisch Symptome statt die sozialen Ursachen bekämpft, da ansonsten u.a. die ungerechten Mechanismen der Weltwirtschaftsordnung grundlegend verändert werden müssten. Da es deshalb aus Sicht der EU-Strategen künftig ohnehin erforderlich sein wird, militärisch einzugreifen, um den Dampfkessel der Globalisierungskonflikte unter Kontrolle zu halten, wird der Klimawandel primär zur Legitimation ohnehin anvisierter Rüstungsprojekte instrumentalisiert.

Klimawandel, Armut und gewaltsame Konflikte

Schon der erste Satz der EU-Klimastrategie (S. 1) räumt dem Thema eine Relevanz und Dringlichkeit ein, mit der die späteren Forderungen nach einer Intensivierung der europäischen Rüstungsanstrengungen legitimiert werden: „Die Risiken des Klimawandels sind real und seine Auswirkungen schon heute sichtbar.“ Daran anschließend wird festgestellt, dass hierdurch „europäische Interessen direkt betroffen sein können.“ (S. 2) Der Klimawandel wirke als „Bedrohungsmaximierer“, der zahlreiche auch ohne ihn vorhandene Konflikte verschärfe und damit die Wahrscheinlichkeit, dass diese zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen, erhöhe. Hierfür sei u.a. die von der Erderwärmung verursachte Verringerung landwirtschaftlich nutzbaren Ackerlandes (Desertifikation), die wachsende Wasserknappheit sowie zunehmende Flutkatastrophen und Dürren verantwortlich, die allesamt „zivile Unruhen“ zur Folge haben könnten. (EU-Klimastrategie: S. 3). Unbestritten ist, dass der Klimawandel die ärmsten Länder am härtesten treffen wird. So schreibt der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung in einem Gutachten, das sich deutlich differenzierter mit der Thematik auseinandersetzt als sein EU-Pendant: „Die globale Temperaturerhöhung wird die Existenzgrundlage vieler Menschen insbesondere in den Entwicklungsregionen gefährden, die Anfälligkeit für Armut und soziale Verelendung erhöhen und damit die menschliche Sicherheit bedrohen. Vor allem in schwachen und fragilen Staaten mit leistungsschwachen Institutionen und Regierungssystemen dürfte durch den Klimawandel zudem die Anpassungsfähigkeit an sich verändernde Umweltbedingungen überfordert und damit der bereits bestehende Trend allgemeiner Unsicherheit in vielen Gesellschaften und Regionen verstärkt werden.“⁷ Ähnlich warnt auch die EU-Klimastrategie (S. 5) davor, die Erderwärmung werde die „Instabilität schwacher oder gescheiterter Staaten erhöhen.“ Implizit erkennt der Bericht sogar den Kausalzusammenhang zwischen Armut und Krieg, also die sozialen Ursachen solcher Konflikte an: „Die Unfähigkeit einer Regierung, sämtliche Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen oder auch nur Schutz vor klimabedingten Härten zu bieten, könnte zu Frustration führen, Spannungen zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen innerhalb von Ländern auslösen und eine politische Radikalisierung nach sich ziehen.“ Bei einer Anhörung im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlament am 31. März gab auch der Kommissionsvertreter Stanley an, er befürchte zunehmende „soziale Spannungen zwischen denen, die Geld haben, um sich anzupassen an den Klimawandel und denen, die dafür kein Geld haben.“⁸

Damit wird letztlich eine in der Kriegsursachenforschung weit gehend unbestrittene Tatsache eingestanden, nämlich, dass Armut die wichtigste Konfliktursache in der so genannten Dritten Welt darstellt. Auch das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung lässt hieran keine Zweifel aufkommen: „Empirische Untersuchungen zeigen, dass arme Länder deutlich konfliktanfälliger sind als wohlhabende Gesellschaften. Der Klimawandel wird gerade in Entwicklungsländern zu spürbaren ökonomischen Kosten führen. [...] Klimawandel kann also Entwicklungsblockaden und Armut verstärken und über diesen Mechanismus die Konfliktgefährdung von Gesellschaften steigern.“⁹

Armutsbedingte Konflikte, die maßgeblich von neoliberalen Wirtschaftsreformen verursacht werden, wie bspws. die Untersuchungen von Michel Chossudovsky zeigen,¹⁰ existieren schon seit Langem, sie werden durch den Klimawandel lediglich weiter verschärft. Die wirksamste Art, heutigen und künftigen Konflikten entgegenzuwirken, wäre also eine Veränderung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung. Da hierzu aber keinerlei Bereitschaft besteht - im Gegenteil, die EU drängt sogar massiv auf weitere Handelsliberalisierungen, die die Armut weiter vergrößern¹¹-, werden zunehmend militärische Mittel benötigt, um diese Konflikte notdürftig unter Kontrolle zu halten. Auch die Zunahme umweltbedingter Migration wird als ernste Bedrohung für europäische Interessen eingestuft: „Die Vereinten Nationen prognostizieren, dass es im Jahr 2020 Millionen ‚umweltbedingter‘ Flüchtlinge geben wird, für die das wandelnde Klima die Hauptursache ist. [...] Europa muss sich auf einen substanziell höheren Migrationsdruck einstellen.“ (EU-Klimastudie: S. 4) Auch das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes geht von substanziell höheren Migrationszahlen aus, sieht aber - ganz im Gegensatz zu seinem EU-Pendant - die westlichen Industrienationen hier durchaus in der Verantwortung. Es plädiert dafür, dass „sich die Industrieländer nach dem Verursacherprinzip ihrer Verantwortung stellen müssen.“¹²

Stattdessen setzt die EU primär darauf, sich gegenüber den erwarteten Flüchtlingsströmen abzuschotten und die hierfür erforderlichen Kontrollstrategien auszubauen, was von den Gutachtern massiv kritisiert wird: „Einen primär an der inneren Sicherheit der Industriestaaten orientierten Ansatz, wie er in der aktuellen EU-Politik sichtbar wird, bewertet der WBGU als zu einseitig, reaktiv und bestenfalls kurzfristig wirksam.“¹³ Klimawandel und EU-Interessen. Eine der größten Sorgen der EU ist es, dass die „Verdamnten dieser Erde“ irgendwann einmal beginnen werden, sich zu wehren. Dies betrifft sowohl die generelle weltweite Ungerechtigkeit, gilt aber auch und gerade für den Klimawandel: „Die großen Unterschiede in den Pro-Kopf-Emissionen zwischen Industrieländern sowie Entwicklungs- bzw. Schwellenländern werden zunehmend als ‚Gerechtigkeitslücke‘ wahrgenommen, zumal die steigenden Kosten, die durch die Klimawirkungen anfallen, insbesondere Entwicklungsländer belasten. Je höher die Schäden und Anpassungslasten im Süden ausfallen, desto gravierender werden die Verteilungskonflikte zwischen den Verursachern und den Betroffenen des Klimawandels sein. Die vom Klimawan-

del besonders betroffenen Länder werden auf das Verursacherprinzip verweisen, so dass sich die internationale Kontroverse um ein globales Kompensationsregime zum Klimawandel verschärfen dürfte.“¹⁴

Vor genau dieser „politischen Radikalisierung“ warnt die EU-Klimastudie und visiert den Ausbau der erforderlichen Kontrollkapazitäten an, um damit jeden Versuch, soziale Veränderungen und sozialen Ausgleich herzustellen, im Keim zu ersticken. So rücken der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier und sein britischer Amtskollege David Miliband die Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit explizit in den Rang eines sicherheitspolitischen Problems: „Eine Konfrontation zwischen ‚Verschmutzern‘ - sowohl im Norden als auch unter den Schwellenländern - und ‚Opfern‘, die sich vornehmlich in der südlichen Hemisphäre finden, würde die ohnehin schon belastete internationale Sicherheitsarchitektur weiterem Druck aussetzen.“¹⁵ Aus Sicht der EU-Klimastrategie (S. 7) besteht ein weiteres Problem darin, dass die durch die Erderwärmung verschärfte „politische Instabilität negative Auswirkungen auf Europas Energiesicherheit und andere Interessen hat.“ Dies treffe insbesondere für den Mittleren Osten zu, wo die „Stabilität in einer für Europa vitalen strategischen Region betroffen ist.“ Auch die zunehmende Wasserknappheit im ölfreien Zentralasien wird primär als Bedrohung für Europas Versorgungssicherheit gesehen. Ein spezielles Augenmerk legt die EU-Klimastudie auf die wachsende geopolitische Konkurrenz um Energieressourcen in der arktischen Region, was bezeichnend für den interessengetriebenen Charakter des Dokuments ist. Denn interessanterweise werden im Abschmelzen der Polkappen nicht nur Risiken, sondern auch Chancen gesehen, da die Hoffnung besteht, hierdurch an bislang unerschließbare Energievorkommen zu gelangen. In der EU-Klimastudie (S. 4f.) heißt es hierzu: „Als Resultat der globalen Erwärmung werden die Polarregionen ausbeutbar. [...] Da vormals unzugängliche Regionen aufgrund der Auswirkungen des Klimaefekts geöffnet werden, werden sich die Auseinandersetzungen um Ressourcen verschärfen. [...] Das rapide Abschmelzen der Polkappen, besonders die Arktis, öffnet neue Wasserwege und internationale Handelsrouten. Darüber hinaus verändern die verbesserten Zugriffsmöglichkeiten auf die riesigen Hydrokarbonreserven in der arktischen Region die geostrategische Dynamik in der Region und haben möglicherweise Auswirkungen auf die internationale Stabilität und europäische Sicherheitsinteressen.“ Bislang versuchen vor allem die USA, Russland und Kanada ihren Einfluss am Nordpol auszubauen.¹⁶

Nun will sich offenbar auch die Europäische Union einen Anteil am Kuchen sichern. So fordert die EU-Klimastudie (S. 11), „eine EU-Arktispolitik, basierend auf der sich herausbildenden Geostrategie für die arktische Region zu entwickeln, die u.a. den Zugang zu Ressourcen und die Öffnung neuer Handelsrouten berücksichtigt.“ Die Erderwärmung als Steigbügelhalter für die Militarisierung der Europäischen Union. Statt die heutigen Konflikte zugrunde liegenden sozialen Ursachen zu beseitigen, konzentriert sich die EU auf deren militärische „Befriedung“. Auch die EU-Klimastudie (S. 9) macht hier keine Ausnahme, wenn sie vorschlägt, „die Kapazitäten zur Untersuchung, Überwachung und Frühwarnung zu erhöhen. [...] Die Überwachung und Frühwarnung schließt Fälle von fragiler Staatlichkeit und politischer Radikalisierung, Auseinandersetzungen um Ressourcen und Energieversorgung, umwelt - und sozial bedingte Spannungen, Gefahren

für die kritische Infrastruktur und wirtschaftliche Einrichtungen, Grenzstreitigkeiten, Auswirkungen auf die Menschenrechte und mögliche Migrationsbewegungen ein.“ Hiermit sollen die Fähigkeiten für so genannte „Stabilisierungseinsätze“ in von Bürgerkriegen zerrütteten Staaten deutlich verbessert werden. Dies wird überdeutlich in der Forderung der EU-Klimastudie (S. 10), „die Kapazitäten der EU und ihrer Mitgliedsstaaten weiter auszubauen, einschließlich dem Zivilschutz und dem Einsatz von Instrumenten zum Krisenmanagement und zum Katastrophenschutz (zivil und militärisch), um zur Antwort auf klimabedingte Sicherheitsrisiken beizutragen.“ Was hier gemeint ist, ist militärisches Krisenmanagement, das ggf. um zivile Komponenten ergänzt wird, sofern dies für die Erfüllung des Einsatzes nützlich ist. Dass der Klimawandel als Steigbügelhalter für Rüstungsprojekte dient, die ohnehin schon lange ganz oben auf dem Wunschzettel stehen, wurde bei der bereits erwähnten Vorstellung der EU-Klimastrategie im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments deutlich. Der Ausschussvorsitzende Karl von Wogau (CDU/CSU) interpretierte die dortige Diskussion - Kritik kam lediglich von der GUE/NGL - als Auftrag, die EU-Kapazitäten im Bereich des (militärischen) Krisenmanagements zu erhöhen, „insbesondere, was die Erweiterung der Transportkapazitäten und die satellitengestützte Aufklärung angeht“.¹⁷

Hiermit benennt von Wogau exakt die zwei Bereiche, die seit Jahren als größte Defizite einer effektiven Militärmacht Europa identifiziert werden. Dass es auch anders geht, zeigt das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung, das anmahnt, sich primär auf die Verbesserung der sozioökonomischen Lage zu konzentrieren, um den schlimmsten Folgen des Klimawandels zu begegnen. Geradezu progressiv ist die Forderung nach einer Umschichtung von Rüstungsausgaben in Richtung der Entwicklungshilfe: „Die Militärhaushalte sollten deutlich zugunsten präventiver Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit umgeschichtet werden.“¹⁸

Leider ist davon auszugehen, dass dieser Vorschlag weder von der Bundesregierung noch von der Europäischen Union aufgegriffen werden wird. Da kein Interesse besteht, die für die eklatante Armut in der Dritten Welt verantwortlichen Spielregeln des neoliberalen Weltwirtschaftssystems fairer zu gestalten, besteht deshalb die Hauptaufgabe der EU-Militärpolitik darin, diese Ungerechtigkeit militärisch abzusichern.

Anmerkungen:

1: Security Council 5663rd Meeting.

2: Vgl. bspws. Center for Naval Analyses: National Security and the Treat of Climate Change, April 2007.

3: Dabei handelt es sich um die Nationale Sicherheitsstrategie, die Nationale Verteidigungsstrategie und den Quadrennial Defense Review. Vgl. Warmfghing: The New Strategic Document Requirements, Center for Defense Information, 19.09.2008.

4: Zumach, Andreas: Kriegsgrund Klima, WoZ, 13.03.2008.

5: Climate Change and International Security, Paper from the High Representative and the European Commission to the European Council, S113/08,

14.03.2008, URL:

http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Council_Conclusions/Marc_h/0314ECpresidency_con-clusions.pdf

6: Der Klimawandel ist damit ein Paradebeispiel für die Versicherheitlichung eines Temas. Der von der Kopenhagener Schule um Barry Buzan und Ole Weaver geprägte Begriff beschreibt, wie Themengebiete sicherheitspolitisch besetzt und dadurch militärischen Logiken unterworfen werden. Der dabei zumeist verwendete alarmistische Ton erzeugt einen Ausnahmezustand, mit dem außerordentliche Maßnahmen gerechtfertigt werden. Vgl. Buzan, Barry/Weaver, Ole/Wilde, Jaap de: Security: A New Framework for Analysis, Boulder 1998.

7: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung: Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Heidelberg 2008, S. 1.

8: Anhörung im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlament am 31. März 2008 in Brüssel.

9: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung 2008, S. 2; vgl. auch UN Millennium Project: Investing in Development: A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals, New York 2005. Collier, Paul: Breaking the conflict trap, World Bank Policy Research Report 2003, S. 53. Croissant, Aurel/Hartmann, Hauke: Der Kampf der Kulturen findet nicht statt, Frankfurter Rundschau, 21.11. 2006.

10: Chossudovsky, Michel: Global Brutal, Frankfurt 2002.

11: Vgl. bspws. Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit: Global Europe: Der liberale Imperialismus der Europäischen Union, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2007, S. 1471-1486.

12: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung 2008, S. 6.

13: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung 2008, S. 11.

14: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung 2008, S. 6.

15: Europa muss sich den sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels stellen, Auswärtiges Amt, 13.03.2008, URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Interviews/2008/080313-klimasicherheit.html>

16: Vgl. Oster, Lisa: Goldgräberstimmung im Eis, IMI-Analyse 2008/017.

17: Anhörung im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlament am 31. März 2008 in Brüssel.

18: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung 2008, S. 14.

Small scale sustainable farmers are cooling down the earth

La Via Campesina: International Peasant Movement

Friday, 09 November 2007

(Background paper)

Current global modes of production, consumption and trade have caused massive environmental destruction including global warming that is putting at risk our planet's ecosystems and pushing human communities into disasters. Global warming shows the effects of a development model based on capital concentration, high fossil energy consumption, overproduction, consumerism and trade liberalization. Global warming has been taking place for decades, but most governments have refused to deal with its roots and causes. It has been only recently, once transnational corporations have been able to set up huge money-making schemes, that we hear about possible solutions designed and controlled by big companies, and backed up by governments. Farmers - men and women - around the world are joining hands with other social movements, organizations, people and communities to ask for and to develop radical social, economic and political transformations to reverse the current trend. Industrialized countries and the industrialization of agriculture are the biggest sources of global warming gases, but it is farmers and rural communities - and especially small farmers and rural communities in developing countries - that are among the first to suffer from climate change. Changing weather patterns bring unknown pest along with unusual droughts, floods and storms, destroying crops, farmlands, farmstock and farmers houses. Moreover, plants, animal species and marine life are threatened or disappearing at an unprecedented pace due to the combined effects of warming and industrial exploitation. Life at large is endangered by the decreasing availability of fresh water resources. Destruction caused by global warming goes beyond the physical. Changing, unpredictable weather means that local knowledge, which has been the basis for good agricultural management and adjusting to climate condition, is becoming less relevant, making farmers more vulnerable and dependent on external inputs and techniques. Farmers have to adjust to these changes by adapting their seeds and usual production systems to an unpredictable situation. Droughts and floods are leading to crop failures, increasing the number of people going hungry in the world. Studies predict a decline in global farm output of 3 to 16% by 2080. In tropical regions, global warming is likely to lead to a serious decline in agriculture (up to 50% in Senegal and 40% in India) and to the acceleration of farmland turning into desert. On the other hand, huge areas in Russia and Canada will turn into crop land for the first time in human history, yet it is still unknown how these regions will be able to grow crops. What is expected is that millions of farmers will be displaced from the land. Such shifting is regarded by industry as a

business opportunity through increasing food exports and imports, but it will only increase hunger and dependency around the world. Corporate food production and consumption are significantly contributing to global warming and to the destruction of rural communities. Intercontinental food transport, intensive monoculture production, land and forest destruction and the use of chemical inputs in agriculture are transforming agriculture into an energy consumer and are contributing to climate change. Under neo-liberal policies, imposed by the World Trade Organisation, the regional and bilateral Free Trade Agreements, as well as the World Bank and the International Monetary Fund, food is produced with oil-based pesticides and fertilizers and transported all around the world for transformation and consumption. Via Campesina, a movement bringing together millions of small farmers and producers around the world, asserts that it is time to radically change the industrial way to produce, transform, trade and consume food and agricultural products. We believe that sustainable small-scale farming and local food consumption will reverse the actual devastation and support millions of farming families. Agriculture can also contribute to cool down the earth by using farm practices that store CO₂ and reduce considerably the use of energy on farms. Industrial agriculture is a major contributor to global warming and climate change.

1/ By transporting food all around the world fresh and packaged food is unnecessarily traveling around the world, while simultaneously local farmers are denied appropriate access to local and national markets. In Europe and the USA, for example, it is now common to find fruits, vegetables, meat or wine from Africa, South America or Oceania; and we find Asian rice in the Americas or in Africa. Fossil fuel used for food transport is releasing tons of CO₂ into the atmosphere. The Swiss peasants' organisation UNITERRE calculated that one kilo of asparagus imported from Mexico needs 5 liters of oil to travel by plane (11,800 km) to Switzerland, while a kilo of asparagus produced in Switzerland only needs 0.3 liters of oil to reach the consumer.

2/ By imposing industrial forms of production (mechanization, intensification, use of agrochemicals, monoculture...). The so called "modernized" agriculture, especially industrial monoculture, is destroying the natural soil processes which lead to the storing of carbon in soil organic matter, and replaces them by chemical processes based on fertilizers and pesticides. Due notably to the use of chemical fertilizers, intensive agriculture and animal production monocultures produce important quantities of nitrous oxide (NO₂), the third most significant greenhouse gas responsible for global warming. In Europe 40% of the energy consumed on the farm is due to the production of nitrogen fertilizers. Moreover, industrial agriculture production consumes much more energy (and releases much more CO₂) to run its giant tractors to harrow and plow the land and to process the food.

3/ By destroying biodiversity and its capacity to capture carbon

Carbon is naturally captured from the air by plants and it is stocked in wood and organic matter in the soils. Some ecosystems such as native forests, peat lands and meadows stock more carbon than others. This carbon cycle has been part of the climate balance for thousands of years. Corporate agribusiness has now shattered this balance by imposing widespread chemical agriculture (with massive use of oil-based pesticides and fertilizers), by burning forests for monoculture plantations and by destroying peat lands and biodiversity.

4/ By converting land and forests into non-agricultural areas

Forests, pastures and cultivated lands are rapidly converted into industrial agricultural production areas or into shopping malls, industrial complexes, big houses, large infrastructure projects or tourist resorts. This in turn causes massive carbon releases and reduces the capacity of the environment to absorb the carbon released into the atmosphere.

5/ By transforming agriculture from an energy producer into an energy consumer

On the energy level, the first role of plants and agriculture is to transform solar energy into energy in the form of sugars and cellulose that can be directly absorbed in food or transformed by animals into animal products. This is a natural process which brings energy into the food chain. However, the industrialization process of agriculture over the last two centuries has led to an agriculture which consumes energy (fertilizers, use of tractors, oil based agrochemicals...).

The false solutions:

Agrofuels (fuels produced from plants, agriculture and forestry) are often presented as one of the solutions to the current energy crisis. Under the Kyoto protocol, 20% of the global energy consumption should come from renewable sources by 2020; this includes agrofuels. However, leaving aside the insanity of producing food to feed cars while so many people are starving, industrial agrofuel production will actually increase global warming instead of reducing it. Agrofuel production will revive colonial plantation systems, bring back slave work and seriously increase the use of agrochemicals, as well as contribute to deforestation and biodiversity destruction. Intensive agrofuel production is not a solution to global warming; neither will it solve the global crisis in the agricultural sector. The impacts will again be felt most seriously in developing countries, as industrialized countries will not be able to cover their agrofuel demand and will need to import huge amounts from the South.

Carbon trading

Under the Kyoto Protocol and other international schemes "carbon trading" is presented as a solution for global warming. It is a privatization

of carbon after the privatization of land, air, seeds, water and other resources. It allows governments to allocate permits to big industrial polluters so they can trade "rights to pollute" amongst themselves. Some other programs encourage industrialized countries to finance cheap carbon dumps such as large-scale plantations in the South as a way to avoid reducing their own emissions. This allows companies to make a double profit while claiming falsely that they contribute to carbon sequestration. On the other hand, natural areas in Asia, Africa and Latin America are being treated as mere carbon sinks and privatized through the so called sale of environmental services, thus kicking communities out of their land and reducing their right to access their own forests, fields and rivers.

Genetically modified crops and trees

Genetically modified trees and crops are now being developed for agrofuel production. Genetically modified organisms will not solve any environmental crisis as they themselves pose a risk to the environment as well as to health and safety. Moreover, they increase corporate control over seeds, depriving farmers of their right to grow, develop, select, diversify and exchange their own seeds. These GM trees and crops are part of the "second generation" of agrofuels based on cellulose while the first generation is based on the different forms of sugar from crops. Even when it doesn't use genetically modified varieties, this "second generation" raises similar concerns.

The true solutions: food sovereignty as the key to provide livelihoods to millions and protect life on earth Via Campesina believes that solutions to the current crisis have to emerge from organized social actors that are developing modes of production, trade and consumption based on justice, solidarity and healthy communities. No technological fix will solve the current global environmental and social disaster. A set of true solutions should include: Sustainable small-scale farming, which is labor-intensive and requires little energy use, can actually contribute to stop and reverse the effects of climate change:

- by storing more CO² in soil organic matter through sustainable production
- by replacing nitrogen fertilizers by organic agriculture or/and cultivating nitrogen-fixing plants which capture nitrogen directly from the air
- by making possible the decentralized production, collection and use of energy

A true agrarian reform, that strengthens small-scale farming, promotes the production of food as the primary use of land, and regards food as a basic human right that should not be treated as a commodity. Local food production will stop the unnecessary transportation of food and ensure that what reaches our tables is safe, fresh and nutritious. Changing consumption and production patterns which promote waste and unnecessary consumption by a minority of humankind, while hundreds of millions still suffer hunger and deprivation. Fair and just distribution of food and necessary goods, as

well as reducing unnecessary consumption should be core aspects of new development patterns. Also, industry should not be allowed to impose unnecessary consumption and waste by means of increasing disposable products or by artificially shortening their lives.

Research and implementation of diverse and decentralized energy systems, based upon local resources and technologies that do not harm the environment or take land away from food production.

We urgently demand of local, national and international decision makers:

All around the world, we practice and defend small-scale sustainable family farming and we demand food sovereignty. Food sovereignty is the right of peoples to healthy and culturally-appropriate food produced through ecologically sound and sustainable methods, and their right to define their own food and agriculture systems. It puts the aspirations and needs of those who produce, distribute and consume food at the heart of food systems and policies rather than the demands of markets and corporations. Food sovereignty prioritizes local and national economies and markets, empowers peasant and family farmer-driven agriculture, artisan-style fishing, pastoralist-led grazing, and protects food production, distribution and consumption based on environmental, social and economic sustainability.

Therefore, we demand:

1/ The complete dismantling of agribusiness companies: they are stealing the land of small producers, producing junk food and creating environmental disasters.

2/ The replacement of industrialized agriculture and animal production by small-scale sustainable agriculture supported by genuine agrarian reform programs.

3/ The banning of all forms of genetic use restriction technologies

3/ The promotion of sane and sustainable energy policies. That includes consuming less energy and decentralized energy instead of promoting large-scale agrofuel production as is currently the case.

4/ The implementation of agricultural and trade policies at local, national and international levels supporting sustainable agriculture and local food consumption. This includes the ban on the kinds of subsidies that lead to the dumping of cheap food on markets.

For the livelihoods of billions of small producers around the world,

For people's health and the planet's survival:

We demand food sovereignty and we are committed to struggle to achieve it collectively.